

Die Gewertschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 1. Mai 1925

Nummer 18

INHALTSVERZEICHNIS

Raifeier 1925	Emil Dittmer
Der neue Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter	Paul Schulz
Unsere Lohnkämpfe	D. Dr.
Beamte und Raifeier	D. R.
Die Reichs- und Staatsarbeiter und der 1. Mai	D. St.
Raitwille	Kurt Eisner
Wir wollen den Frühling	Clara Bohn-Schuch
Unsere Internationale	Fritz Müntner
Für stärkere Belastung des Besitzes	
Ferngas und Eigengaserzeugung	
Aus Politik und Volkswirtschaft • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter Aus den deutschen Gewertschaften • Internationale Rundschau • Rundschau Verbandsteil.	
Lohngestaltung in Gemeinde-, Reichs- und Staatsbetrieben	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telephon: Moritzplatz, 3105/06, 119 44

Karl May's Romane

muß Jeder kennen.

Pro Band geb. 5.—, ungeb. 3.— M.

- | | |
|---------------------------------------|------------------------------|
| 1. Durch die Wüste | 30. Und Fricke auf Erden |
| 2. Durch wilde Karavane | 31. Wunders Leben |
| 3. Von Bagdad nach Stambul | 34. „Ich“ |
| 4. In drei Schichten des Balkans | 35. Der Gelehrte |
| 5. Durch das Land der Skizpaten | 36. Der Schatz im Silberberg |
| 6. Der Schatz | 37. Der Gelehrte |
| 7-9. Wunders, 3 Bände | 38. Halbrot |
| 10. Onagen und Duffeln | 39. Das Verbrechen des Isha |
| 11. Im stillen Ozean | 40. Der blaue Methusalem |
| 12. Am Rio de la Plata | 41. Der Silberkarawanen |
| 13. In den Karavane | 42. Der alte Dossow |
| 14, 15. Old Sarachan, 2 Bände | 43. Aus dunklen Tann |
| 16-19. Im Lande der Mohle, 3 Bde. | 44. Der Waidwurm |
| 19. Kapitän Kaban | 45. Romschöpfung |
| 20-27. Saran und Ischarid, 7 Bde. | (Karl May's Erzählung) |
| 28. Auf fremden Pfaden | 50. In Meica |
| 29. Wunders | 51. Schind Radrugale |
| 30. Am Jansoff | 52. Von Kreta zur Wüste |
| 31-32. I. Reise d. silb. Uruu, 2 Bde. | 53. 8 rote Haare |
| 31, 32. Aristen u. Dohranen, | 54. Trapper Gutschadial |
| 2 Bände | 55. Der stehende Bauer |

Ab 10 Bände franko und spesenfrei.
Alwin Glocke, Versandbuchhandlung
 Freiburg i. Baden, Kaiserstr. 128

Der grosse Erfolg

des „Carmol“ beruht auf der Vielseitigkeit seiner Anwendung

Carmol lindert Schmerzen!
 Carmol tut wohl!



Man verwendet Carmol (Karmelitergeist) bei Erkältungskrankheiten, Rheuma, Hexenschuss, Genick-Kreuz-, einseitig Kopf-, Zahnschmerzen, Husten und Schnupfen, Vordügl, Einreibemittel zur Auflockerung und Anreicherung der Muskeln und Nerven, fgr Sporttreib. bei Ueberanstrengung (Wadenkrampf)

Eine Flasche Carmol ist eine billige Hausapotheke u. sollte in keinem Haushalt fehlen

Man verlange in Apotheken und Drogerien ausdrücklich Carmol

Carmol-Fabrik Rheinsberg (Mark)

Eine Delikatesse für jedermann ist unsere echte Thüringer

Hausmacher-Wurst

Probepaket, 5 Kilo, bestens sortiert, geg. Vorkassend v. Rmk. 15.— auf Postcheckkonto Erlart 6473 oder Nachnahme franko A. Vieweg & Co., Sonneberg (Thür.)

Ziehung 18. u. 16. Mai 1925

Ostpreussische Geld-Lotterie

6834 Gewinne in der 10ten Klasse
M. 200 000
 Hauptgewinn
 „ 50 000
 „ 30 000
 „ 20 000
 „ 10 000

Loose à 3.30 M. Porto und Ueb. 35 Pf. extra versendet nach opt. Kasse.

Emil Stiller,
 Bankhaus, Raumburg, Altkönig 37
 baldige Bestellung erwünscht.

Direkt v. Bürgermeister a. B. Hans Ansonen

Wohlerworbene Beamtenrechte

und das Bezugsrecht der priv. Krankenversicherungs-Zweits Art. Diese Schrift einer anerkannten Instanz des Bundesrats und jeder Beamte in Gemeinde, Stadt und Reich, jeder Pensionar und Wartungsverpflichteter, der Wert auf die Wahrung seines Rechts legt, gegen haben. Kart. 60 S., Preis 1.20 Mk. Best.-Best. ist durch jede Buchhandlung, Industrie-Verlag, G. u. J. B., Berlin NW 40, Postfach 155 58.

LEGHÖRNER

liert Geflügel in Mergelheim C & Preislist. frei

Gär. reiner Honig
 Bienen Schleuder letzter Ernte, la Qual. feinstes, unverfälscht. Bienenprodukt, 10 Pfd. Postdose 11 M. franko Nachnahme.

INKEREY REIMERS, Quickborn (Holst.) 61.

Ihr Geldbeutel

wird fett, wenn Sie billig rauchen, es kostet 3 Pf. für eine Karte an Tabakfabrik „Wetru“

Küller, Bruchsal 197, um Preisliste Riskieren Sie es, Sie bereuen es nicht.

Der Mensch mit den 365 Krankheiten.

Wie viele Menschen gibt es doch, die jahraus jahrein fränklich sind, und die jeden Tag ihre besondere Krankheit haben. Heute leiden sie an Kopfschmerzen, morgen haben sie keinen Appetit, übermorgen klagen sie über Schlaflosigkeit usw.; kurz, ein solcher Mensch weiß nie recht, was ihm fehlt. Dieser Zustand ist weiter nichts als eine Folge der Nervosität, die heute noch viel zu oft vernachlässigt wird und die zu schweren, oft unheilbaren Nervenleiden führen kann.

Kopfschmerzen, Gliederreizen, Zudungen, Rückenschmerzen, Gesichtschmerzen, Schmerzen in Hals, Armen und Gelenken, Augenflimmern, Blutwallungen, Herzklappen, Schlaflosigkeit, sehr lebhaft oder schwere Träume, Beklemmungen, Schwindelanfälle, Angstgefühle, übermäßige Empfindlichkeit gegen Geräusche, Reizbarkeit, Unruhe, Launenhaftigkeit, Beragen des Gedächtnisses, Kopfen in den Adern, Krämpfe (auch Lach-, Wein- und Gähkrämpfe), Gefühl von Taubheit in den Gliedern, Zittern der Hände und Knie bei Erregung, blaue Ringe um die Augen, Ohrenausen, Impotenz, Schreckhaftigkeit, Neigung zu Trunksucht und andern Ausschweifungen treten einzeln oder zusammen auf und sind sichere Zeichen, daß die Nerven angegriffen sind.

Nervenleiden sind Gehirn- oder Rückenmarkleiden, und sehr schwere Nervenleiden führen, wenn sie ihren Sitz im Gehirn haben, zu Geistesstörungen, zum unheilbaren Wahnsinn oder, wenn sie vom Rückenmark ausgehen, zu schweren Lähmungserscheinungen und in nicht allzu langer Zeit zum Tode.

Es ist nun gelungen, die edelsten und sehr teuren Nerven-nährstoffe in absoluter Reinheit zu gewinnen, und Dr. med. Robert Hahn & Co., Magdeburg, Fz. In. 24, bringt ein solches Nerven-Nährpräparat unter dem Namen „Nervostin“ in den Handel. Dieses Präparat ist nicht identisch mit anderen, durch große Reklame angepriesenen, die irgendein Kunstprodukt von zweifelhafter Herkunft enthalten und außerdem meistens viel teurer sind. Hören Sie, wie es beurteilt wird:

„Ich bin sehr zufrieden, fühle mich jetzt viel wohler, hauptsächlich der Schlaf ist viel besser geworden, ich schlafe jetzt fast jede Nacht ununterbrochen durch, was erst nicht der Fall war... Bruder, Justizwachmeister... daß ich mit Ihrem „Nervostin“ sehr zufrieden bin, ich bin mein Nervenleiden Gott sei Dank los, wofür ich Ihnen sehr dankbar bin... Ich habe es schon vielen empfohlen und werde es auch weiter tun. Hal. Öring... zu meiner Befriedigung kann ich Ihnen die freudige Mitteilung machen, daß ich mich wieder wohl und gesund fühle und wieder ein ganz anderer Mensch bin. Werde mich bemühen, Ihr „Nervostin“ aberall zu empfehlen, danke Ihnen nochmals nachträglich. Fr. Fuchs... und viele andere mehr.“

Man verlange nur die Zusendung einer kostlosen Probe, diese erhält man sofort und außerdem ebenfalls ganz kostenlos ein sehr interessantes Buch über das Nervensystem und seine Krankheiten, das auch sonst noch zahlreiche, für jeden Nervenleidenden wichtige Aufklärungen enthält.

Diese menschenfreundliche Handlungsweise hat schon viel Nutzen gestiftet, und es gingen bereits unzählige Dankbriefe unaufgefordert bei Dr. med. Robert Hahn & Co., Magdeburg Fz. In. 24 ein.

Schreiben Sie aber unbedingt heute noch, ehe Sie es vergessen und die Proben vielleicht vergriffen sind!

HERMANN ENGEL, BERLIN C 25, Landsberger Strasse 85-87

Täglich ganz außergewöhnl. billige Einkaufsgelegenheiten

in Herren-, Damen- und Kinderkonfektion, Kleider- und Seidenstoffen, Herrenstoffen, Trikotagen, Strümpfen, Handschuhen, Leibwäsche, Bettwäsche, Tischwäsche, Teppichen, Gardinen, Möbelstoffen.

Trotz meiner bekannt billigsten Preise biete ich Ihnen erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preiserhöhung, und bitte ich Sie, von meiner neuen Einrichtung Gebrauch zu machen, Auskunft gibt Ihnen gern meine Rechnungsabteilung.

Verlangen Sie bitte meine illustrierte Frühjahrsprellista, die Ihnen kostenlos zugesandt wird. Meine Versandabteilung erledigt umgehend alle Aufträge; Nichtgefallendes wird ohne weiteres zurückgenommen.



Erster Mai 1925

Die Gewerkschaft

Organ der Gemeinde- und Staatsarbeiter

~*~*~*~



aiser 1925. Zum 36. Male feiern wir den Welttag. Als am 20. Juli 1889 der kühne Gedanke verkündet wurde, die Arbeiterschaft der ganzen Erde solle den 1. Mai feiern als den Festtag der Arbeit, des Völkfriedens, des Arbeiterschutzes und des Achtstundentages, da gab es im Lager der Arbeiterfeinde höhnische Glossen. In allen Industrieländern war damals die Herrschaft des Kapitalismus schier unumschränkt. Die schwachen Ansätze in den gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen zur planmäßigen Eroberung stärkerer Machtpositionen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Unternehmerorganisationen das Heft fest in der Hand hielten und mit den unmenschlichen Mitteln der schwarzen Listen, der Aussperrung und der Brotlosmachung unserer Vertrauensleute sich durchaus noch als Herren im Hause fühlten. Inzwischen ist das System des Kapitalismus in seiner Kultur- und friedensfeindlichen Tendenz weiter ausgereift. Heute ist es für die Millionen Schwerarbeitender und Darbender leichter, die unheilvollen Schäden dieses Systems klar zu erkennen. Der Weltkrieg war gewiß eine grausame Lehre, er hätte bei stärkerer Organisationsbasis der internationalen Arbeiterschaft vermieden und mit Erfolg bekämpft werden können. Aber in allen Kulturländern war der Prozenttag der organisierten Friedenskräfte noch viel zu schwach. Und so geschah das fürchterliche Unheil, daß fast fünf Jahre lang in jeder Minute neun Tote dahinsanken, hingemordet von Menschenbrüdern. Wahrlich! Für unser Geschlecht ist eine Abschreckungslehre ohnegleichen geschaffen worden, und wer noch zweifeln konnte, ob die Gedanken des Sozialismus und des Völkfriedens sich durchsetzen, der muß angesichts dieses fürchterlichen Erdengeschehens alle Kräfte aufbieten, um für sich und die kommenden Generationen die Wiederkehr eines solchen Blutbades mit allen Mitteln zu verhindern und unmöglich zu machen.

Inzwischen aber sind wir seit sieben Jahren im Kampf um Freiheit und Kultur einen wenig gradlinigen Weg gegangen. Die unselbige Zerrissenheit der deutschen Arbeiterschaft hat unsern kapitalistischen und nationalistischen Gegnern eine Rückeroberung nach der andern gebracht. Schwer gefährdet, ja zum Teil aufgegeben ist die vornehmste Revolutionseroberung nach der Achtstundentag! Zwar haben wir Gemeinde- und Staatsarbeiter dank unserer inneren Geschlossenheit und dank der wiedererwachenden Organisationsstärke für drei Viertel unserer Mitglieder den Achtstundentag tariflich neu verankern können! Aber wir müssen doch dauernd auf der Wacht bleiben, damit der Gegner nicht noch weiter Boden gewinnen kann. Ähnlich liegt es mit den Rechten und dem Einfluß der Betriebsräte! Auch hier droht weitere Einschränkung, wenn wir nicht die Launen und Gleichgültigen aufzurütteln vermögen.

Einstmals galt Deutschland als das Land der fortgeschrittensten Sozialpolitik. Inzwischen hat aber die Sozialgesetzgebung anderer Länder, insbesondere Englands, gewaltige Fortschritte gemacht. Das deutsche Unternehmertum möchte trotzdem einen weiteren Abbau der deutschen Sozialpolitik herbeiführen. Man will die Anspannung und Ausnutzung der Arbeitskräfte nach amerikanischem Taylor- und Ford-System, aber der deutsche Arbeiter soll nur den dritten bis vierten Teil des Lohnes der amerikanischen Arbeiter erhalten. Hiergegen anzukämpfen ist nicht nur gewerkschaftliche Pflicht, sondern auch aus kulturellen Gründen müssen wir mit allen Mitteln für eine wesentlich höhere Bewertung der menschlichen Arbeitskraft eintreten.

Unser Zeitalter wird charakterisiert durch die Schaffung von vielen Millionen mechanischer Kräfte durch die großen Elektrizitätswerke mit Hilfe der Naturgewalten. In Bayern, Baden, Sachsen, Brandenburg sind allein in den letzten 3 Jahren so ungeheure Naturkräfte in den Dienst der menschlichen Kultur gestellt, daß dadurch eine weitere wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit in Industrie und Handwerk begründet wäre. . . .

Der 1. Mai soll ein Festtag der Arbeit, aber auch eine Heerschau unserer Kräfte sein. Mit einigem Vorsprung ist der monarchistische Hindenburgspuk aus dem Wahlkampf hervorgegangen infolge der politischen Herrschaft der Arbeiterschaft. Es gilt daher unsere Position stärker zu befestigen. Schon kündigen sich in der internationalen Aussperrungsmanie der Schwer- und Eisenindustrie neue Kämpfe an in den Kulturländern. Hiergegen muß die internationale Arbeiterphalanx sich viel fester zusammenschließen! Darum dünkt uns in diesem Jahre als notwendigste Maßforderung: „Fort mit jeglicher Arbeiterzerpflitterung!“ Die Arbeiterschaft aller Länder, und zwar die geistige in Wissenschaft, Kunst und Technik wie die in Handwerk, Industrie, Handel und Landwirtschaft beschäftigte Arbeiterschaft hat jetzt ein klares Ziel vor Augen: Nieder mit den Volksfeinden! Für Fortschritt und Freiheit der Völker! Für Frieden und gemeinsame Kultur! Für Achtstundentag und weitestgehenden Arbeiterschutz der Jugendlichen, Frauen und Schwerarbeiter! Laßt die Waifanfaren erklingen, entrollt die Kampfesbanner der Arbeiterschaft! Strebt zur Gemeinsamkeit!

Der neue Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter.



Bei der Gestaltung des tariflichen Arbeitsrechtes für die Gemeindearbeiter hängt es nicht allein von deren Wünschen und Wollen ab. Die hierzu aufgestellten programmatischen Forderungen können nur entsprechend unserer gewerkschaftlichen Stärke und Einigkeit zur Durchführung gebracht werden. Ob das auf dem Verhandlungswege oder durch den offenen Kampf geschehen kann und muß, hängt von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Versämler Friedensvertrag und Dawes-Wünschen sind dabei mitbestimmende Faktoren. Personalabbau in Reich und Gemeinden, mangelnde Exportfähigkeit, Arbeitszeitverlängerung, bedingten erhebliche Arbeitslosigkeit, Lohn- und Steuerdruck ruhen auf den großen Massen. Die Arbeitslosen, die zu Hunderttausenden monatlich, sogar über Jahresfrist ohne Erwerbsmöglichkeit sind, leiden noch mehr als die in Arbeit stehenden Kollegen durch die ins Angeheure gestiegene Verteuerung der Lebensverhältnisse. Das sind für die Arbeiterklasse Faktoren, die nicht ohne Widerstand ertragen werden. Tausende und aber Tausende jedoch müssen Gesundheit und Leben für diese Auswirkungen kapitalistischer Gesellschaftsordnung dahingeben.

Kaltblütig stellen die Arbeitgeber und ihre Organisationsvertreter ihre Kalkulation auf, inwiefern unter den für sie so günstigen Umständen das Arbeitsrecht der Arbeiter noch weiter verschlechtert werden kann. Sehr oft enthält sich dabei freilich nur die „gute“ Absicht und wider Willen wird der Arbeitgeberverband zum Agitator für den Gedanken gewerkschaftlicher Selbsthilfe.

Der Reichsarbeiterverband für die deutschen Gemeinden hätte für die Verhandlungen zum R.M.T. 1925 auch wieder seine Arbeitsforderungen herausgestellt. Natürlich, wenn irgendeine rüdfällige Gemeinde einen Verschlechterungsantrag stellt, muß daraus gleich Allgemeinwohl werden. Man wollte unter anderem die Saisonarbeiter, das Personal der Schiffsbetriebe, Krankenheilstätten usw. aus dem Geltungsbereich ganz herausnehmen. Zuschläge für dienstplanmäßige Arbeit an Sonntagen und Wochenferietagen sollten nicht mehr zentral gewährt werden. Durch bezirksliche Vereinbarungen sollte zugelassen sein, Zuschläge bis 25 bzw. 50 Proz. festzusetzen. Der Urlaub sollte durch Bezirksvereinbarung verschlechtert werden dürfen, die besseren Verhältnisse restlos beseitigt werden. Krankentage bezahlte man angeblich im bisherigen Umfang weiter zu zahlen. Die vorgezeichnete tarifliche Vereinfachung erwies sich jedoch bei genauer Prüfung als eine wesentliche Verschlechterung. Davon wurden im besonderen die Beiratsrateten mit Kindern betroffen. Je mehr Kinder, um so größer wurde die Verschlechterung der Krankentagebezüge. Natürlich sollte auch noch unter Streichung des zweiten Satzes im § 17 Abs. 1 eine Herabsetzung der Arbeitsrechte für die Kollegen in den kleinen Gemeinden durchgeführt werden. Dafür wurde vorgeschlagen, den neuen R.M.T. gleich auf zwei Jahre abzuschließen. Der noch verbleibende Rest von „sogenannten sozialen Leistungen des Tarifvertrages“ sollte aber von den Gemeindearbeitern zu Wucherpreisen bezahlt werden.

In den Orten, wo kein Ruhegeld gewährt wurde, sollten 8 Proz. des vereinbarten Lohnes, in den Orten mit Ruhegeld aber mindestens 15 Proz. des Lohnes für diese sozialen Leistungen angerechnet werden. Die etwaige Ausführung dieses Antrages hätte möglicherweise zu einem 8- oder (mindestens) 15prozentigen Lohnabzug führen können. Wenn das nicht beabsichtigt gewesen wäre, hätten die Kollegen für den „angerechneten Betrag natürlich Steuern zahlen dürfen“.

Für die Arbeitszeitregelung hatten die Arbeitgeber folgendes Programm aufgestellt. Bis 31. März 1927 hat es für die Bezirke und Orte, wo 8 oder 10 Stunden gearbeitet wurde, dabei kein Bewenden. Man sollte wohl zugelassen, diese vom Achtstundentag abweichenden Regelungen zum Quartalsersten kündigung zu können. Jedoch sollte dem Arbeitgeber bis zum jeweiligen Kündigungstermin der Nachweis erbracht werden, daß die maßgebenden wirtschaftlichen Verhältnisse eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordern oder zulassen. War dieser Nachweis nach Auffassung des Arbeitgebers nicht erbracht, dann blieb es unter Ausschluß des Kündigungsverbotes bei der längeren Arbeitszeit. Wo aber 8 Stunden gearbeitet wurde, sollte der einzelnen Stadtverwaltung das „Recht“ zustehen, nach Anhörung der Betriebsräte und der bezirkslichen Vertragspartei eine längere Arbeitszeit zu verlangen. Die zehnte Stunde sollte wohl vereinbart werden müssen. Hierbei begann man sich auf einmal auf den Zentralausschuß. Derselbe sollte endgültig bindend darüber im Streitfall entscheiden.

Für Schichtarbeiter sah man vor, die Vergünstigungen an den Festigebenden (evtl. Bezahlung zweier Lohnkunden) nicht mehr zuzulassen. In der Frage der Dienstbereitschaft hat man sich den Vogel abgeschossen. Erstens sollte die Dienstbereitschaft bestehen aus der vollen Arbeitszeit, 8 eventuell bis 10 Stunden, während um die volle Dauer der Dienstbereitschaft. Also z. B. bei 4 Stunden Dienstbereitschaft betrug die Dienstbereitschaft 12 bis 14 Stunden ausschließlich Pausen. Diese längere Dienstbereitschaft würde nach dem Grundjah: je länger Dienst, desto weniger Geld bezahlt werden. Dienstbereitschaft sollte mit 25 Proz., Bereitschaftsdienst mit 15 Proz. bezahlt werden. Ein Kollege, der nur Dienstbereitschaft oder Bereitschaftsdienst verrichtete, mußte, um den vollen Lohn für 8 Stunden zu erhalten, eine Dienstbereitschaft von 32 bzw. 35 Stunden pro Tag leisten. Da er aber („leider“ werden manche Arbeiter sagen) nur 24 Stunden diesem Spott huldigen kann, würde er Lohn nur für 8 bzw. 7/10 Stunden bezahlt erhalten. Wenn der Kollege aber 4 Stunden Arbeit leistet, müßte er immer noch nach vorstehendem Beispiel 20 bzw. 20 Stunden pro Tag im Dienst stehen.

Daß diese Verschlechterungsanträge für die Kollegenschaft unzulässig waren, braucht hier nicht bewiesen werden. Es war natürlich sehr leicht, unsere programmatischen Forderungen demgegenüber aufzustellen. Schwieriger war es selbstverständlich, im Verhandlungswege die Arbeitgeber von ihren Vorhaben abzubringen. Für die Gewerkschaftsvertreter mußte Leitmotiv sein: In allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen darf es kein Diktat durch die Arbeitgeber geben. Es durften letzten Endes auch in der Arbeitszeit etwa notwendige Abweichungen nur vereinbart werden. Die Bestimmungen des R.M.T. sind so klar und eindeutig zu lassen, daß nicht durch irgendwelche Auslegungskünste das Gegenteil dessen Praxi wird, was bei den Verhandlungen festgelegt war. Dann soll der R.M.T. nicht nur Normalrecht mit der Begrenzung nach oben für die Arbeitnehmer sein. Es sollte vielmehr in den Bezirken möglich sein (wie das auch bei der Gestaltung der Löhne und Lohnzulagen geschieht), in bezug auf die Mantelbestimmungen abweichende bessere Vereinbarungen zu treffen.

Die Verhandlungen in Hamburg und Berlin haben im Verhandlungswege nicht den vielleicht hier und da erträumten Erfolg gebracht. Das werden mit größerem Schmerz auch die reaktionären Elemente im Reichsarbeiterverband verbuchen. Das, was aber im Interesse der Kollegenschaft letzten Endes für die Vertragsdauer erreicht werden konnte, ist nur der unerwarteten Organisation der Gemeindearbeiter zu verdanken. Was den Gemeindearbeitern ohne die Gewerkschaft blieben würde, ist ja aus den kurz fiktiven Anträgen des Reichsarbeiterverbandes ersichtlich. Die Gestaltung des R.M.T. hängt nicht bloß davon ab, daß von den Filialen und Bezirken möglichst weitgehende Anträge gestellt werden, auch nicht davon, mit welchem Geschick die Mitglieder der Reichsausschusskommission die Verhandlungen führen, sondern ausschlaggebend wirkt der Umstand, wie in allen Orten und Bezirken Deutschlands während der Vertragsdauer gewerkschaftliche Vorbereitungen für den neuen Tarif geleistet wird. Es ist freilich oft sehr schwer, ein Uebel in der Praxis erträglich zu gestalten.

Und doch beweisen Hunderte von Beispielen gewerkschaftlicher Kleinarbeit, daß es sowohl gute als auch schlechte Gehe gibt, die nicht immer durchgeführt werden. Der Zwangsjahrespruch vom Juni 1924 über die Regelung der Arbeitszeit ließ theoretisch die Möglichkeit zu, daß die Gemeindevorstellungen von sich aus die Leistung der neunten Stunde diffieren konnten. Auch die Leistung der zehnten Stunde konnte mit mehr oder minder sanftem Druck vereinbart werden. Der Wechsel auf die Bezahlung des Achtstundentages ist wohl fast überall durchgeführt worden. Trotzdem ist allen Bestimmungen und humanen Zwecken zum Trost für mehr als 70 Proz. der Gemeindearbeiter der Achtstundentag aufrechterhalten worden. Für die Bezirke, wo der Lohn bestimmt auf den Neunkundentag zugeschnitten ist, bedeutet die Beibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit durch die Kollegen einzelnere Orte sicher ein erhebliches finanzielles Opfer.

Tarifrecht wird nicht aus geschaffen bei den zentralen Verhandlungen. Wenn es nicht anders geht, muß auch das höchste gewerkschaftliche Kampfmittel zur Anwendung kommen. Unsere Tarife und unsere Erfolge werden wesentlich durch die Mitarbeit unserer Kollegen im Reich beeinflusst. Ohne den Widerstand der Kollegenschaft im Reich in der Frage der Arbeitszeit wäre das vorliegende Ergebnis im Verhandlungswege nicht zu erzielen gewesen.

Der R.M.T. 1925 ist abgeschlossen. Es lebe der Kampf um die Gestaltung des kommenden!

Unsere Lohnkämpfe.



Am Weltfeiertage des Proletariats, am Tage des Bekenntnisses, wollen wir auch zurückblicken auf den Verlauf unserer Lohnkämpfe, die wir seit dem Mai 1924 geführt haben. Wir wollen prüfen, wie sich die Schlagkraft unseres Verbandes, der Kampfeswille und die Disziplin der beteiligten Kollegen bewährt haben. Unser statistisches Bureau berichtet, daß wir im vergangenen Jahre 490 Lohnbewegungen in 1389 Orten und 7134 Betrieben geführt haben. An diesen Bewegungen waren insgesamt 311 317 Personen beteiligt. In 451 Fällen mit 297 112 Beteiligten konnten die Bewegungen auf dem Verhandlungswege oder mit Hilfe der Schiedsstellen (örtliche, bezirkliche Schiedsstellen und Zentralauschuh) erfolgreich abgeschlossen werden. In weiten Kreisen unserer Kollegenschaft ist allerdings die Meinung verbreitet, daß diese Abschlässe ohne Arbeitseinstellung so ganz reibungslos und in schönster Harmonie mit den Arbeitgeberverbänden getätigt werden. Die Kolleginnen und Kollegen wissen nichts von dem jähen Ringen und den manchmal recht heftigen Wortgefechten am Verhandlungstisch. Sie hören in den Versammlungen, in denen über die Lohnverhandlungen Bericht erstattet wird, nur das Resultat. Ein Teil der Kollegen und Kolleginnen ist unbeeindruckt und schimpft auf den Verband und die Unterhändler. Nur die Mitglieder der Verhandlungskommission wissen, daß selbst diese „Bettelpennige“ dem Bezirksarbeiterverband mit größtem Energieaufwand in stunden- und tagelangen Verhandlungen abgerungen werden mußten. In den letzten Monaten kommen kaum noch sogenannte „Lohnvereinbarungen“ vor. Meistens scheitern die Verhandlungen, und die im R.M.L. vorgesehenen Schiedsstellen (örtliche, bezirkliche Schiedsstellen und Zentralauschuh) treten in Funktion. Von neuem beginnt das Feilschen und jähe Ringen, mitunter um einen halben Pfennig Lohnverhöhung. Nur die Mitglieder der Lohnkommissionen wissen, wieviel Geld und Zeit und wieviel Nerven solche anscheinend recht friedlichen Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung kosten. Die Vertreter der Arbeitgeber haben uns bei diesen Verhandlungen die Macht der festgefühten Arbeitgeberverbände zu fühlen gegeben. Gar oft haben die Herren, und nur zu deutlich, auf unsere leere Verbandskasse angepielt. Alle Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Zeit an den Verhandlungen beteiligt waren, haben immer und immer wieder den Wunsch ausgedrückt, daß nur alle Mitglieder diesen Lohnverhandlungen beiwohnen könnten. Die Verbandsfunktionäre brauchten dann nicht mehr immer wieder erneut auf die notwendige Beitragsleistung hinweisen. Es gäbe keine „Beitragsfaulen“ mehr, weil jedes Mitglied bei diesen Verhandlungen lernen würde, daß eine gut funktionierende Verbandskasse die beste Rückenfärkung ist. Der für uns so drückende Verhandlungsston hat sich geändert mit der Besserung unserer Verbandsfinanzen und nachdem wir in 29 Fällen und in 55 Orten mit 14 205 Beteiligten „zum Tänzchen aufspielen“ konnten. Von den 29 Streiks konnten 27 erfolgreich für die Kollegen beendet werden. In den meisten Fällen wurde die Arbeit nach 2 bis 11 Tagen wieder aufgenommen, nur in einem Falle dauerte der Streik 17 Tage, in zwei Fällen je 18 Tage und in einem Falle 23 Tage. In zwei Fällen erstreckte sich der Kampf über den ganzen Bezirk und zwar in Thüringen und in Mitteldeutschland. Ueber die Entwicklung und den Verlauf dieser beiden großen Streiks haben wir eingehend berichtet in der „Gewerkchaft“ 1924. An dieser Stelle sei aber besonders hervorgehoben, daß die Arbeitgeber alles aufgeboten haben, um die Arbeitnehmer auf die Knie zu zwingen. Die große,

vom Reichsfinanzministerium konzeptionierte Streikbrecherorganisation, die Technische Nothilfe, kommandierte ihre Ehrengarde in die bestreikten städtischen Betriebe, die Verwaltungen der bestreikten Städte haben mit Entlassungen und Aussperrungen gedroht, die ganze bürgerliche Presse meute ist über die Streikenden und deren Führer hergefallen. Aber weder dieses, wahrscheinlich bei Tirpitz erlernte „Ballenbiegen“, noch das Einsehen der „Teno“ und die Drohungen mit Entlassungen und Aussperrungen konnten unsere Kämpferschar zum Wanken bringen. Von der ersten Stunde des Streiks bis zur Wiederaufnahme der Arbeit war die Disziplin der Streikenden muster-gültig. Damit ist erwiesen, daß die gewerkschaftliche Schulung unter unseren Kollegen gute Fortschritte macht. Ein weiteres Zeichen, daß die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit vorwärts schreitet, ist das Abflauen der wilden Streikbewegungen. Im vergangenen Jahre haben wir in unserem Organisationsgebiet einen einzigen wilden Streik zu

verzeichnen. Die Redakteure der kommunistischen Tageszeitungen sowie die Leiter der sogenannten „kommunistischen Gewerkschaftszentrale“ in Berlin sind von diesem Abflauen der wilden Streiks allerdings wenig erbaut. Sie erblicken darin den Einfluß der revolutionistischen Gewerkschaftsbureaufüraten. In der „Roten Fahne“ und anderen kommunistischen Zeitungen kann man fast täglich lesen, daß die Gewerkschaften den Charakter der Kampforganisation verloren haben, weil die Gewerkschaftsmitglieder unter der Einwirkung der revolutionistischen Gewerkschaftsbureaufüraten dem Rufe der kommunistischen Gewerkschaftszentrale: „Heraus aus den Betrieben!“ nicht mehr folgen. Die gewerkschaftlich denkenden Mitglieder, auch wenn sie politische Anhänger der K.P.D. sind, werden manchmal den Schreibern in der „Roten Fahne“ und den kommunistischen Zeitungen alles Gute, zum mindesten aber einige Jährlein gewerkschaftliche praktische Tätigkeit als Lehrer wünschen. Die Gewerkschaftsmitglieder, und ganz besonders die Mitglieder unseres Verbandes haben

Im Mai

Fröhlich im Maien schmücken sich wieder
Die Wiesen mit Blumen, mit Grün Strauch und
Gesegelter Sänger muntere Lieder [Baum;
Erfüllen mit Klängen den Erdenraum.
Wir fühlen das Werden, wir fühlen die Kraft,
Wir sehen das Weben und Erweben,
Das aus Vergangnem Erneuerung schafft
Zu lachendem, jubelndem Leben.

Da drängen hinaus wir aus finstrem Schacht,
Aus engen Fabriken und Werken.
Erkennen die große befreiende Macht
Des Willens, die Einheit zu stärken.
Da leuchtet die Sonne der Freiheit! Vorbei
Ist's mit allen drückenden Sorgen.
Die Waffen der Arbeit feiern den Mai,
Sie wissen, es kommt ein Morgen.

Ein Morgen, an dem auf dem Erdenrund
Kein Mensch mehr den andern wird hasen,
Und alle, vereinet im Völkerverbund,
Im Gleichsinn sich liebend umfassen. W. G. W.

erstreulicherweise eingesehen, daß die erfolgreiche Wahrnehmung ihrer Interessen in der besinnlichen Gewerkschaftsarbeit liegt, wie sie von unserem Verbandsvertrichtet wird. Gradlinig führt unser Weg vorwärts. Wir weichen den Kämpfen nicht aus, aber bevor wir den Kampf aufnehmen, überlegen wir, wo und wie er geführt werden muß, um eine Niederlage zu vermeiden. Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen Deutschlands haben ihre Bezirksarbeiterverbände dem Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände gebildet. Die Leitung des Reichsarbeiterverbandes bekennt offen, daß die Bezirksarbeiterverbände geschaffen wurden, um dadurch „die unberechtigten und übertriebenen Forderungen der Arbeitnehmer abwehren zu können“. Die Leitung des Reichsarbeiterverbandes sorgt dafür, daß die Verbindung zwischen den Bezirksarbeiterverbänden recht gut funktioniert, und so unterstützen sich die Bezirksarbeiterverbände gegenseitig im Bestreben, die Löhne zu drücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Die Synodie der Bezirksarbeiterverbände sind eifrig bemüht, sich gegenseitig in diesen Bestrebungen zu überbieten. Wegen dieses Treibens der Arbeitgeber haben wir organisatorisch gerüstet durch die Zusammenlegung der wirtschaftlich gleichartigen Gauen zu Wirtschaftsbereichen. Mit dieser Zusammenfassung der Kräfte innerhalb der Wirtschaftsbereiche werden wir nicht nur die beachtlichsten Verschlechterungen abwehren, sondern wir werden auch unsere Bewegungen auf Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse noch erfolgreicher durchführen können. Wir können heute, am 1. Mai, ausprechen, daß unsere Lohnbewegungen im vergangenen Jahre erfolgreicher waren als in den Vorjahren, weil das Vertrauen zur gewerkschaftlichen Organisation gestärkt ist. Es gilt die Weiterarbeit wie bisher! O. Br.

Beamte und Maifeier.



In unserem Dasein ist das Göttliche, das Große und Schöne, das wir es in den Dienst der Menschheitsentwicklung bewußt zu stellen vermögen. Wie unendlich reich ist der Mensch, aus dessen voller Weltanschauung die verantwortungsvolle, hingebende Teilnahme an dem einzigartigen Aufbau des Menschheitsgeschlechtes fließt. Aber all die schweren Sorgen und Mühen des Alltags, aber alle Kummernisse des dornenvollen Daseins erhebt ihn das Bewußtsein mitzuleben und mitzuschaffen. Jenseit liegt ihm das verantwortungsvolle Ziel der Vollenendung. Aufrecht und selbstbewußt schreitet der vom Schöpfungsdrang befehlte, innerlich so freie Mensch seinem Ziele entgegen. Siegestadt beehet es aus dem Chor der Vorwärtsdrängenden: Das Leben ist lebenswert trotz alledem. — Das ist ja der Jenseit Cam in der Natur und im Gesellschaftsleben: Das Alte fällt und neues Leben blühet auf aus den Ruinen. Nachen und Werden, Untergehen und Auferstehen füllen alles Leben, auch das der menschlichen Gesellschaft. Stillstand ist Tod, Stagnation bedeutet Sterben. Unendlich wertvoll ist des Lebens gewaltiger Rhythmus. — Frühling, Sommer, Herbst und Winter küssen den Kreis des Jahres. Kindheit, Jugend und Alter sind Morgen, Mittag und Abend im Leben des Menschen. Generationen kommen und gehen, und doch überlebt alle Zeiten die Menschheit, die auch noch uns sein wird. Ihr zu dienen, ist unsere höchste Lebensaufgabe. — Wiederum ist die Erde nun zum Licht erstanden aus tiefer, langer Winternacht. Der Kalen-der zeigt der Natur das neue politische Kleid, das wir alle so heißlich lieben. Doch auch der Menschheitsentwicklung kommen möge, ist unser aller Wunsch. Unendlich reich an Lebensgütern ist ja auch die menschliche Gesellschaft. Aber noch vermag sie von ihrer Fülle nicht allen zu geben. Grenzverstoß

Beamten sind hervorragende Vertreter der Forderung zur Wahrung von dieser herrlichen Zeit.

Als zur 100jährigen Geburtsfeier der französischen Revolution der internationale Sozialisten- und Arbeiterkongress 1889 in Paris zusammentrat war sein Augenmerk hauptsächlich auf die Förderung des Willens zur Solidarität gerichtet. Der hemmungslosen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sollten wirksame Abwehrmaßnahmen entgegengeführt werden. Einmütig forderte man deshalb in einem umfangreichen Programm eine wirksame Arbeiter-schutzgesetzgebung. Eine große internationale Kundgebung für den Gedanken des Friedens, für die Sorge um die Höherentwicklung der Menschheit wurde beschloffen. In einem Tage in jedem Jahre sollte der Menschheitsgedanke gefeiert werden. — In allen Ländern nahm man den Beschluß begrifflich auf. Alljährlich begeht seit jener Zeit das schaffende Volk würdig seinen Maiestag. Immer mehr ist die Bedeutung der Maifeier gewachsen. Der 1. Mai ward zum Feiertag eines neuen reinen Menschentums. Am 1. Mai reichen sich alle Vorwärtsdrängenden, alle fortschrittlich Gesinnten die Hand. Auch die Beamten können sich immer weniger der großen Bedeutung dieses Maiestages verschließen. Als Mensch steht der Beamte unter den Menschen, wie jeder andere auch. Seine besondere Stellung im Staat wächst ja erst aus den Notwendigkeiten des Zusammenlebens der Menschen heraus. Eine wohlgeordnete Gesellschaft mit der sozialistischen und fürsorgenden Regierung ist für seine Erfüllung die beste Voraussetzung. So ist seine besondere Stellung als Beamter immer erst von zweiter Bedeutung. Sie entsteht ihm durch und nicht des Zwanges, auch seinerseits Stellung zu den Fragen des Gesellschaftslebens zu nehmen. Auch der Beamte ist interessiert an der Ausgestaltung der Staatsordnung und der Menschheitsrichtung. Den Befehlen des Lebens kann sich der Beamte ebensowenig entziehen als der Arbeiter. Auch für ihn kommt es darauf an den Sinn seines

Der 1. Mai

In den hohen Pappeln ist der Frühling. Rot, purpurrote Köpfchen trug er in die schlanken Zweige. Da rauschte die wunderschöne, süße Melodie des Frühlinges durch das Land, die Melodie des großen, mächtigen Lebens.

Leben quillt aus der Erde, warmes, frisches Leben. Der 1. Mai schmückt alles mit jartem Grün und süßen, reichen Knospen. Verschwinden ist Dunkel und Kälte: in hellem Glanz schimmern die weißen Blüten von den Bäumen. Wie ein Lächeln der Freude liegt der Frühlingssonn auf der Erde. Es ist das hohe, tiefe Lächeln des gütigen Lebens, des siegesmächtigen, unversinkenden, das da sagt: „Ihr selbst sollt euch schmeihen, ihr selbst seid schuldig!“ Frei ist das Leben und schenkt Freiheit jedem, der Freiheit will. Groß ist das Leben. Es zerbricht alles, was es demut. Reich ist das Leben und hat Reichum für alle. Kampf ist des Lebens Element, und aus seinem Schoße sel der Menschen echtes Recht: zu kämpfen für seine Freiheit!

Schwören wir es heute zusammen, am 1. Mai, dem Tage des Frühlinges, der Freiheit. Unsere Stimmen, unser Alles der großen, sozialistischen Bewegung, die aufbrach wie ein Wetterstrahl gegen Fiskernis und Menschenerniedrigung, aus dem für alle, die Unrecht leiden jahrbundertlang. Werken wir sie recht, die große Melodie des Lebens: Kampf der Reaktion, Kampf für die heilige Sache des Sozialismus!“
Anna Jussen.

Freiheit und nachste Arbeit stehen widersprüchlich nebeneinander. Freiheit und Eigentum rissen tiefe Klüfte in der Menschheit geschlagen sein. Rober Egoismus triumphiert über die aus der Liebe geborene Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe. Im Zeitalter des kapitalistischen Wirtschaftens wurde mehr und mehr rücksichtslos Gewinnstreben entfesselt, die Solidarität aber mißachtet und geschändet.

Zwiesach ist ja des Menschen Wesen von Anfang an. Immer wohnen zwei Seelen in seiner Brust. Egoismus und Altruismus wogen von jeher um die Vorherrschaft in des Menschen Denken und Inn. Starke Selbsthaltungstrieb war immer schon mit Herzensmilde gepaart. Neben dem Kampfe aller gegen alle ist ewig lebendig auch die Betätigung gegenseitiger Hilfe. Ganze Geschlechterschichten wurden von dem einen oder anderen Wesenstrieb des Menschen beherrscht. In neue Zeit ist das Zeitalter der entseelten Profitwirtschaft herauf. Die eigenartige Gestaltung unserer schrankenlosen Profitwirtschaft hemmt mehr und mehr den Willen zur gegenseitigen Hilfe. Der Egoismus wird ganz einseitig und jungungslos der Solidarität gefördert. Soziale Gesichtspunkte unterliegen wirtschaftlichen Berechnungen. Das „gute Gefühl“ beherrscht nach gerade das gesamte Gesellschaftsleben. Die Kastbarkeit der Wirtschaft steht über der Sorge um das Menschentum.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist die stärkste Reaktion auf diesem ungesunden Gesellschaftszustand. Von unten auf wächst der Wille zur Veränderung dieser verderblichen Gesellschaftsordnung. Die hochentwickelten Gewerkschaften der deutschen Arbeiter, Angestellten und

Dienstboten zu erkennen. Der aber gilt für uns schaffende Menschen ganz allgemein. Nicht im Kampf gegeneinander, sondern in immer größeren Gemeinschaften füreinander sollen wir leben. Es gilt höchstes Menschentum zu verwirklichen. Nicht die Interessen des Wirtschaftsprofits, sondern die Sorge um das Wohlergehen aller Menschen sollte Leitgedanke der Politik sein. Nicht weniger als der Arbeiter und Angestellte leidet auch der Beamte unter der Beherrschung des Staates durch die Wirtschaftsherrschende und Handelskapläne. Auch auf seinen Existenzverhältnissen lastet der aussoziale Druck der Wirtschaft und Finanzgewaltigen. Das Lebensniveau der Beamten wird bestimmt und geregelt durch die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Verlängerung der Dienstzeit, der Druck der Regierung auf die Befolgung der uneren Beamten sind Folgen dieses unheilvollen Einflusses. Aber auch die Fragen der Vorkünderklärung, der Würdigung und des Militarismus sind nicht gleichgültig für die im Dienste des Staates stehenden Kolleginnen und Kollegen.

Unsere freie Gewerkschaftsbewegung stellt in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion die Betonung des allgemeinen Wohls. Der erste Tag des jungen Maien soll dieser Forderung besonderen Ausdruck geben. Er ist bedeutungsvoll nicht zuletzt auch für die Beamten. Anker gemeinsames Lebensschicksal stellt uns an die Seite aller Werktätigen. Mit ihnen wollen wir würdig den Maiestag begehen. Denn es ist unverkennbar: Das Wohl und Wehe der Menschheit ist gleichbedeutend mit dem Wohl und Wehe der Beamten. O. A.

Die Reichs- und Staatsarbeiter und der 1. Mai.



So ist wieder der 1. Mai, der Tag, an dem das deutsche, das internationale Proletariat für einen Augenblick ausruht von des Tages Mühe und Lasten, gekommen. Rückbild und Ausbild zugleich, was an diesem Tage unsere Herzen und Sinne gefangen hält; und wer hat schließlich mehr Ursache, am 1. Mai einen Rückblick zu werfen auf das, was hinter uns liegt, als gerade wir Reichs- und Staatsarbeiter. O ja, ihr Kolleginnen und Kollegen! haltet nur die Augen offen, dann wird es euch ein leichtes sein, den Unterschied von einst und jetzt klar und unzweideutig zu erkennen. Einst geknechtet und unterdrückt, ein geknebeltes Geschlecht, abhängig von den Launen und der Willkür der Vorgesetzten, heute freie Arbeiter, rechtlich gleichgestellt mit der großen Masse des deutschen Proletariats, ein Glied jener unzerbrechbaren Kette, wenn wir nur einig sind und reslos auch die Gedanken des 1. Mai in uns aufnehmen und danach handeln. Aber an diesem 1. Mai 1925 dürfen wir auch nicht vorübergehen, ohne uns mit den Fragen zu beschäftigen, die ständig im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen, der Regelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und da war auch das verfloßene Jahr so überaus reich an allen möglichen Ereignissen. Bei der Maisfeier des vorigen Jahres war die deutsche Reichsregierung noch von ihrem Jehntstundentag-Koller befallen. Eine Verfügung und Verordnung jagte die andere. Die Löhne waren sehr sorgfältig bemessen. Regierungs-, Geheim- und andere Räte sahen bereits im Traum wieder am fernem Horizont die Sonne einer monarchistischen Vergangenheit hervorleuchten. Die Abbauperordnung traf mit voller Wucht auch die Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben. Da galt es, manchen Jaudernden und Wankenden bei der Organisation zu halten. Da galt es nicht zuletzt, in jeder Organisations- und Agitationsarbeit einem mächtigen Gegner gegenüber das Feld zu behaupten, aber wir haben es geschafft.

Das ist es, was wir am heutigen Tage mit gutem Gewissen aussprechen dürfen.

In Preußen, Sachsen, Thüringen und einigen anderen Freistaaten haben wir den Achtstundentag gehalten. Die Reichsregierung hat mit ihrer Arbeitszeitverlängerungsparole auch kein Glück gehabt und selbst wenig Freude erlebt; denn in vielen Betrieben und Verwaltungen ist man ebenfalls sehr rasch wieder zum Achtstundentag zurückgekehrt.

Schließlich glaubte die Reichsregierung durch die Kündigung der beiden Reichsmantelverträge den Reichsarbeitern einen Schlag versetzen zu können, aber auch diese Vorhaben ist durch der Wachsamkeit unserer Organisation im wesentlichen vorbeigeklungen. Gewiß, nicht alle Hoffnungsträume unserer Klasse sind in Erfüllung gegangen, noch sind auch heute die Lohnsätze nicht ausreichend, obwohl die Regierung heute, rein finanziell gesehen, sich in ungleich besseren Verhältnissen befindet, als vor einem Jahr. In unserer Mai-Nummer 1924 haben wir noch gesagt:

„Da am Ende des verfloßenen Jahres die Löhne und Gehälter auf Goldbasis umgestellt wurden, hatten wir es leider mit einem Arbeitgeber zu tun, der vor dem finanziellen Zusammenbruch stand.“

Dieser Hinweis hat heute keine Berechtigung mehr. Die Stabilisierung der Währung hat der Regierung Geld in Häufe und Fülle eingetragen. Möglichkeiten, den Arbeitern etwas mehr zu geben, waren dadurch genügend vorhanden; aber die Regierung Luther-Schlieben hat es vorgezogen, den Industriellen 700 Millionen in den Rücken zu werfen, dafür aber die Reichsarbeiter hungern zu lassen. Von diesen Leuten etwas freiwillig zu verlangen, biegt die Welt mit vertehrten Augen ansehen. Das Wort, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, muß auch für unsere Reichs- und Staatsarbeiter Geißeln für jegliches Handeln sein, und so bleibt uns auch für die Zukunft immer noch ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten übrig. Wir wissen aber auch, daß unsere gewerkschaftliche Arbeit im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer nur Stückwerk sein kann und deswegen ist für uns die Maisfeier mehr als nur ein Tag, an dem wir für einen Augenblick unsere Arbeit ruhen lassen. Der 1. Mai ist auch für uns das Symbol des Kampfes um eine neue, bessere Zeit. Unser Ziel ist die Befreiung aller Reichs- und Staatsarbeiter aus Lohnsklaverei und kapitalistischer Macht Herrschaft, die um so schlimmer wird, je mehr die Reaktion an Boden gewinnt. Hiergegen anzukämpfen, ist wahrhaftig des Schwerstes der Ehen wert.

Und nun heraus, ihr Kolleginnen und Kollegen! Frei und vereint mit den übrigen Arbeitsbrüdern und Schwestern sollt ihr die Maisfeier als das Fest des Proletariats der ganzen Welt gemeinsam feiern und den Tag dazu benutzen, alle jene Schwierigkeiten aufzuräumen, die leider immer noch nicht den Weg in unsere gemeinsame Front gefunden haben. Das ist die wirksamste Maisfeier, die wir begehen können. D. 31.

Maitville.

Von Kurt Eisner.

Mächtiger als Ägyptens Gräber,
Schöner als Griechenlands, Romas Tempel,
Stolzer als Mailands Kathedrale mit ihren Statuen
und Türmen,
Materischer als rheinische Burgverstehe, wollen wir
jetzt errichten, höher als sie alle,
Deine große Kathedrale, heilige Industrie, kein Grab
Ein Verließ für das Leben, für tätige Erfindung.
Um einen Palast ragender, schöner, größer als irgendeiner,
Ein neues Erdenwunder, der Geschichte haben hinter sich
lassend,
Stoß auf Stoß mit Glas- und Eisenfassaden emporfärend,
Eine Lust für Sonne und Himmel, mit den herrlichsten Farben
geschmückt,
Bronze, Blau, eisig, dunkelblau und karmin,
Ueber dessen goldenes Dach wehen sollen unter deinem
Banner, Freiheit,
Die Banner der Staaten und die Flaggen jedes Landes,
Soll eine Brut ragender, schöner, aber kleinerer Paläste sich
scharen,
Jergendwo in ihnen soll alles, was das Menschenleben voll-
kommen macht, begonnen,
Versucht, gelehrt, gefördert, sichtbar ausgestellt werden.
Nicht allein aller Welt Arbeiten, Gewerbe, Erzeugnisse,
Sondern alle Arbeiter der Welt sollen hier vertreten sein.
Das, das Amerika, seien deine Pyramiden und Obeliske,
Dein Pharos von Alexandria, deine Gärten Babylons,
Dein Tempel zu Olympia . . .

So erbaue die Phantasie eines wachen, wirklichkeitsschwärmen-
den Propheten, so entwarf, fernschauend in die Ferne gestarrt,
am die Mitte des 19. Jahrhunderts der Amerikaner Walt Whitman
den Weltbild der Arbeit, den ragenden Maitpalast der freien Völker,
den heiligen Wallfahrtsort der freien Wissenschaft, der triumphieren-
den Technik und der freudigen, rastlosen, leidenschaftlichen Menschen-
arbeit. Das Gebäude der Industrie türmte sich noch gewaltiger in
die Wolken, höher, als jemand damals ahnen konnte, die Erzeug-
nisse der Arbeit wuchsen ins Unermeßliche, aber die Arbeiter wurden
noch immer im Dunkel gehalten, und auf den Zinnen des Schlosses
weht nicht das Banner der Freiheit und Freude. Die unermeßliche
Schöpferkraft der Arbeit ist zur Grabkammer der arbeitenden
Menschen geworden.

Zum 1. Mai richten alljährlich die Proletarier der zivilisierten
Erde die Frage mit verstärkter Inbrunst an die herrschenden Gewal-
ten, wie lange denn jener Bau der Freiheit noch dauern wolle,
Wirklichkeit zu werden. Und alle wissenden Seelen beantworten sich
die Frage auf die gleiche Weise: so lange nicht die Völker voll ge-
worden sind, ihr Schicksal selbst zu schmecken, so lange kann es keine
Freiheit geben. Keine Völker werden der Menschheit gnädige Gaben
in den Schoß, nimmer verzichtet die Macht freiwillig auf die ver-
jährten Rechte aller Frevel und Gewalt: Erkennen, Begehren, Be-
wirklichen — das sind die Mittel der Erldung. Der flehentliche
Spruch grauer Weisheit: „Erkenne dich selbst!“ bedarf der Erweite-
rung, um aus dem stillen Zimmer der Bedauernlichkeit ins Leben
emporzuheben: Erkenne dich selbst — begehre dich selbst — er-
wirke dich selbst. Und dieses Du, an den sich solche dreifache
Mahnung richtet, das ist das millionenfältige Du aller lebenden,
darbenden, Ironenden und unterdrückten Menschen.

Im Mai bewahrt sich die Solidarität der Völker, indem all-
überall auf jeder Höhe Warten sich erheben, von denen aus in

Wie wollen den Frühling!



Es ist wieder Mai; der Frühling bläht um die Fenster, die grauen Großstadtstraßen sehen aus in dem jungen Blätterchmud, als ob jeder Tag ein Fest wäre. Blasse Kinder kommen aus dunklen Höfen, lachend, tanzen, Kränze schneidend; und gebrechliche Alte suchen die Sonne. Nach das bedrückte Herz wird froher und leichter, es will sich so gerne freuen in all der Dunkelheit des Daseins. Wir brauchen die Freude, das Erlöste hoffen, den Glauben an unsere Kraft und an die Erneuerung der Menschheit. — So grüßen wir den 1. Mai, so wollen wir den Festtag des Proletariats feiern. Der Freude, der großen, heiligen, schöpferischen und schaffenden Freude soll dieser Maientag geweiht sein. Die Zukunft ist hart; die Nachwehen des Krieges sind noch lange nicht überwunden. Die Rechte, die uns Revolution und Verfassung der deutschen Republik gegeben, sind in immer stärkerem Maße bedroht und elassachte Menschenrechte zu erhalten, wird manchen Kampf fordern. Kraft und Mut für diese geistigen und wirtschaftlichen Kämpfe schöpfen wir aber nicht aus Sorge und Bitterkeit, sondern nur aus der Freude an der Schönheit des Lebens um uns. Das gilt besonders für die Frauen, die von dem Kleinram des Alltags am schnellsten zermüdet werden, die den Zukunftswillen so schnell sinken lassen, weil sie so wenig Freude haben. Freut euch an jedem Blatt, an jeder Blume, an jedem Sonnenstrahl. Freut euch, daß ihr mitkämpfen könnt in dem großen menschlichen Befreiungskampf. Habt den Willen, ein höheres Erdengut für alle zu gestalten.

Unsere höchste und erste Maßforderung gilt dem Frieden, unser härtester Kampf gilt dem Krieg. Der Krieg ist der Totschläger des Lebens und der sittlichen Werte. Überall läßt er das Verbrecherische und Gemeine wachsen; er ist die Hemmung aller Höherentwicklung der Menschheit. Der Haß gegen den Krieg und gegen alle, die ihn entzünden wollen, ist heiligster Haß. Wir wollen den Frieden, weil nur in friedlicher Arbeit sich alle guten Kräfte entwickeln, der Wohlstand und der Einfluß der breiten Volksmassen sich mehren und so endlich ein besseres Geschlecht unter besseren Zuständen heranwachsen kann. Dazu ist notwendig, daß in Deutschland eine Politik getrieben wird, die nach außen eine Verständigung mit den anderen Völkern sucht und im eigenen Lande mehr Gerechtigkeit schafft.

Der Achttundentag war und ist unsere Kernforderung auf sozialem und kulturellem Gebiete. Wir hatten ihn durch die Revolution für alle erreicht; auch für die, die nie um ihn gekämpft,

die darum seinen Wert nie begriffen hatten. Und so kam es, daß er in großem Umfange wieder verloren ging. Wo er erhalten blieb, ist es in erster Linie der gewerkschaftlichen Organisation zu danken, und wo er wieder errungen werden muß, werden die Gewerkschaften den Kampf führen müssen. Darum soll es uns allen eine Verpflichtung sein, für die Stärkung und Festigung der gewerkschaftlichen Verbände zu wirken. Acht Stunden für die Arbeit; acht Stunden zum Lernen, zum Wandern, zur Erholung für Körper und Seele; acht Stunden Ruhe! So lohnt es, zu leben, und daß es darum auch lohnt zu kämpfen, müssen wir alle die Lehren, denen der Achttundentag wenig bedeutete als sie ihn hatten, denen aber sein Wert dämmerte, als er verloren war.

Und wie der Achttundentag teilweise verloren ging und wieder erobert werden muß, so ist auch das unbeschränkte Koalitionsrecht keineswegs so sicher wie man, oberflächlich betrachtet, glaubt. Die Reaktion hat am 26. April 1925 einen Teilerfolg errungen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie mit Hilfe der Millitärdictatur werden wird, eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit herbeizuführen. Seien wir auf der Wacht! Am 1. Mai wollen wir für dieses heiligste Recht der Arbeitnehmerschaft demonstrieren.

Vor allem aber um unserer arbeitenden Jugend willen erheben wir unsere Maßforderung nach verkürzter Arbeitszeit und erhöhtem Arbeiterlohn. Unsere Jungen und Mädel sind lebendige Zukunft: ihre Gesundheit, ihr Leben, ihre geistige und körperliche Entfaltung zu schützen ist sittliche Pflicht für uns alle. Darum haben wir teilzunehmen an der Gestaltung des öffentlichen Lebens durch die Gesetzgebung. Wir Frauen selbst müssen darüber wachen, daß uns die Möglichkeit solcher Mitbestimmung, unser Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften, nicht wieder verloren geht. Lange genug haben wir gelitten unter der Schmach der Rechtslosigkeit. Lange genug mühten wir arbeiten auf den Feldern, in den Fabriken, Werkstätten, Anstalten, Schulen, Läden und Kontoren, ohne ein Wort sagen zu dürfen zu einer Gesetzgebung, die unsere Arbeitsbedingungen regelt, oft genug ohne Rücksicht auf elementarste Lebensbedürfnisse. Als politische freie, gleichberechtigte Menschen wollen wir daran helfen, daß die arbeitenden Menschen frei werden von der drückenden Sorge ums tägliche Brot. Daß die Arbeit den Ehrenplatz im Staats- und Kulturleben erhält, der ihr gehört. Wir wollen die Vereinigung von Arbeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Schönheit. Wir wollen die Verwirklichung des Sozialismus.

Clara Zetkin-Schub.

gleichem Geiste Forscher jeglicher Sprache die kosmische Erscheinung beobachten, messen, erklären. Wann wird die gleiche Sorge internationalen Forschens und Schaffens der unendlich höheren Aufgabe gewidmet sein, daß auf allen Wegen der Erde Friedenswachen sich erheben, von denen aus das Getriebe der gesellschaftlichen Arbeit durchforscht, geleitet, gestaltet wird — nach einem sinnvollen Plan für das Glück aller Menschen!

Das proletarische Völkerfest des 1. Mai errichtet schon heute solche Warten zukünftiger Kultur. Es ist keine mühsige Kirmes, keine leere Schauflust, wenn wir diese Feier der Menschheitswarten begehen. Von ihrer Höhe erblicken wir um so deutlicher und unbedecklicher auch das Barbarenreich unseres heutigen Lebens, und indem wir jorngig anfragen, stolz fordern und im Gefühl einer sicheren Zukunft die Freude eines Freiheitstages genießen, wird unser süßgewelter Mainwille selbst den Frühling.

Nicht umsonst ist für unsere Feinde das Maßfest ein Maßbrot. Alle große Sehnsucht ist eine Gefahr für die Herrschenden, deren Stärke darin besteht, daß ihre Opfer ihr heiliges Lebensrecht nicht kennen. Darum schälten sie gerade auf die erhabensten Feiler, die der Kulturdrang menschlicher Entwicklung jemals erkoren hat, die ganze Schale ihrer stumpfen Gehässigkeiten aus.

Heute balgen sich Parlamente in eitem Schächer, um das rechte Gewicht der Freiheit und des Rechts den geduldeten Anterianen zuzumessen. Woran erkennt man die Würde des Menschen? Genügt es schon, wenn er sich die Würde gegeben hat, von einem Junker geboren zu sein, und ist auch der ein besseres Glied des Staates, der ein paar Jahre lateinische Broden geschluckt und längst wieder ausgepfen hat? Und hat der gewöhnliche Mensch überhaupt ein Recht auf Brot, auf Leben, auf Arbeit? Es scheint nicht. Das Brot wächst nicht für Hungerige, sondern für Wucherer, die mit dem Hunger spekulieren. Die Willkür und der Wahn einzelner vermag noch

heute ungezähle Leben auszurotten; man nennt das nicht Mord, sondern Krieg. Kad im Frieden tobt ohne Unterlaß die Schlacht der industriellen Zerstörung: die Lohnarbeit verkrümelt, vergiftet, entart; sie zerfetzt die Lungen, krümmt die Glieder, ermatet die Hirne und verzehrt die Menschen. Schließlich aber tritt noch eine Herde von Menschen auf — man heißt sie Unternehmer — und verweigern kraft ihres Herrenrechts den nach Arbeit Drängenden die Arbeit überhaupt.

Das soll und muß uns auspornen, gerade am 1. Mai unsere Stimme zu erheben und unsere Kraft dafür einzusetzen, daß sich das Dichterwort auch gesellschaftlich und sozialpolitisch erfüllt:

„Die Welt wird schöner mit jedem Tag,
Man weiß nicht, was noch werden mag,
Das Blühen will nicht enden.
Es blüht das fernste, tiefste Laß:
Nun, armes Herz, vergiß der Qual!
Nun muß sich alles, alles wenden.“

Dazu gehört aber auch, daß wir unsere Waffen für diesen Kampf schärfen. Am 1. Mai müssen wir herrschen lassen über unsere Kampferstruppen, und wenn wir erkennen, daß die innere Kraft noch zu schwach und die Kämpferzahl noch zu gering ist, dann wollen wir durch Ausbau der Arbeiterorganisationen und vermehrte Agitation die Fehler befechtigen.

Wahrlich, aus dieser Welt ist der Frühling noch immer schamlos und grausam angeperrt. Wir aber wollen ihn in hartem Mahwillen endlich befreien. Das ist der Maientag der Ausgestoßenen und der Geplünderten: Wir heilchen das ganze Leben:

Raum für unsere Zukunft!



Unsere Internationale.



an allen Gebieten ändert sich unter fortwährendem Ringen und Kämpfen dauernd das Gesicht der Welt. Landesgrenzen werden, sei es im Wege der Vereinbarung oder durch die Anwendung von Gewalt, revidiert. Die Sprachgrenzen und auch die der Kultur rücken sich längst nicht mehr mit den Grenzen der Nationalstaaten. Die Verkehrsmittel und neue Erfindungen aller Art bringen die Länder und Völker einander räumlich näher. Wo vor Jahrhunderten oder vor Jahrzehnten noch Wolf und Bär durch die Wildnis schlichen und den einsamen Waldbewohner bedrohten, da erheben sich jetzt volltreibende Städte und Dörfer, urbar gemachte Acker lachen, uns entgegen und bringen reiche Frucht. Wo schier unzugängliche Pfade dem schwerbeladenen Sammelwagen erschwert, da laufen heute die Dampfstraßen, elektrische Bahnen oder das Auto dahin, durch Berge sich bohrend oder auf künstlichen Pfaden die höchsten Gebirge überschreitend. Die Cassernungen sind kleiner geworden, ja fast aufgehoben. Die Länder und Erdteile werden, der natürlichen oder künstlichen Grenzen spottend, einander näher gebracht. Der Markgenosse von ehemals, der es früher kaum wagen durfte, über die Grenze der Markgenossenschaft hinauszugehen, würde heute können, wie groß die Welt geworden ist. Die Zustände von früher sind uns heute fast nur noch zur interessanten Geschichtsstudie geworden. Post, Telephon, Radio und Drahtschlüssel sorgen dafür, daß auch dem letzten Waldbauern täglich und stündlich mitgeteilt wird, was sich auf unserem Planeten ereignet.

Die Welt wird anders mit jedem Tag! Nur der Wechsel ist bedinglich. Reiflos ist der Menschengeist tätig, um mit nie verlagendem Fleiß der Natur ihre Geheimnisse abzuläutchen und sie in den Dienst der Menschheit zu stellen. Eine Erfindung folgt auf die andere, um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sicherzustellen, im Guten wie im Schlechten. Aber nicht allen Menschen ist es vergönnt, teilzunehmen an allem Herrlichen und Schönen, was Menschenkunst und Natur geschaffen haben. Nur eine bevorzugte Minderheit ist es, die voll und ganz die Früchte genießt, die Menschenkunst und Natur für die gesamte Menschheit geschaffen haben. Kein Wunder, daß der

zur Ironie verpflanzte Mensch zu denken begann. Es entstand in irgendeinem Kopfe die Idee, und zwar die Idee von der Gleichberechtigung und Solidarität aller, die von der gleichen Erde gesätigt wurden. Diese Idee ging wie ein Flammen von Kopf zu Kopf, von Land zu Land und, die Weltmeere überbrückend, von Erdteil zu Erdteil. Die Unterdrückten aller Länder hatten erkannt, daß der Hammer aus demselben Stoff wie der Amboss besteht und wollten nicht mehr länger ausschließlich Amboss sein. In allen Berufen und Industrien der einzelnen Länder entstand aus der Idee des Solidaritätsgefühls die reale Macht der Organisation. Seit etwa fünf Jahrzehnten ist die nationale Idee der Solidarität zur internationalen Idee und zur internationalen Organisation herangereift. Leider bestehen zurzeit noch zwei Krisisstellenpunkte als Kern der internationalen Organisation. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird in kürzester Frist auch dieser Zwiespalt beseitigt und eine einheitliche internationale Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Länder geschaffen sein. Damit erst ist die Vorbedingung zur wirksamen Bekämpfung der Machtgier des internationalen Kapitals gegeben. Diese einzige internationale Verbindung ist um so notwendiger, weil das Kapital durch seine immer stärker werdende Konzentration die Landesgrenze längst gesprengt hat und sich im weitestgehenden Sinne des Wortes international betätigt. Internationale Kapitalgesellschaften, internationale Unternehmungen existieren immer mehr und damit auch die stärker werdende Interessenwahrnehmung der Kapitalisten gegenüber der Arbeitnehmerschaft.

Die Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, der angeschlossenen Länder Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Schweden und die Schweiz, kann schon jetzt auf eine langjährige, fruchtbringende Arbeit zurückblicken. Noch sind nicht alle Länder Europas angeschlossen, wohl aber stehen sie fast ausnahmslos untereinander im christlichen Verkehr und tauschen miteinander Erfahrungen aus. Mitte Mai d. J. soll der Vorstand unserer Internationale in Berlin zusammentreten und Maßnahmen treffen für die weitere Festigung und langere Verbindung der Länder. Wir begrüßen mit aufrichtiger Freude die hier erscheinenden Vertreter des Vorstandes der Internationale und wünschen ihnen keinen anderen Erfolg.

J. M.

Sür stärkere Belastung des Besitzes. Gegen Steigerung der Wohnungsmiete.

Die unterzeichneten Organisationen haben an die Reichsregierung, den Reichstag und die Regierungen der Länder am 21. April folgendes Schreiben gerichtet:

Die nachteiligen Folgen des verlorenen Krieges lasten besonders schwer auf den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter, den Arbeitern, Angestellten, Beamten und gewerbetreibenden Mietern, die trotz erheblicher Verminderung ihres Realeinkommens wesentlich höhere Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse zu leisten haben als in der Vorkriegszeit. Jede weitere Ausgabensteigerung ohne eine gleichzeitige Erhöhung des Realeinkommens verschlechtert die Lebenshaltung dieser Kreise und geht somit auf Kosten ihrer Arbeitskraft — ganz zu schweigen von der besonderen Not der Erwerbslosen, Sozialrentner, Kriegsbekindigten, Kriegshinterbliebenen, Kleinrentner, Kinderreichen usw. Gesteigert wird die Not der mittellosen erwerbsfähigen Bevölkerung durch die starke Auspannung der besten und indifferenteren Steuern, wie sie in der letzten Zeit erfolgt ist.

Unter diesen Umständen muß von diesen Kreisen jede nicht unbedingt notwendige Steigerung der Ausgaben ferngehalten werden, und zwar um so mehr, als der Reichsausschuss für die Kriegswirtschaft erst vor einigen Tagen im Haushaltsausblick des Reichstags erklärt hat, daß bei weiteren Lohnsteigerungen die Frage der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ausschlaggebend ins Gewicht fallen müsse.

In härtestem Widerspruch hierzu liegt das Bestreben der Reichsregierung, in verhältnismäßig kurzer Frist die Friedensmiete wiederherzustellen, sodaß zur Befriedigung der Finanzbedürfnisse der öffentlichen Haushalte, teils zur Steigerung des Anteils des Hausbesitzes an der Miete.

Dem gegenüber erklären die unterzeichneten Organisationen,

1. daß der Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch stärkere Heranziehung des Besitzes und der höheren Einkommen herbeigeführt werden muß;
2. daß aus der Miete nur Mittel für den Wohnungsbau und für die Erhaltung der Altwohnungen aufgebracht werden dürfen, und zwar unter Schonung zahlungsunfähiger und zahlungsunfähiger Mieter;
3. daß die Hausrente nach dem Wegfall des weitaus größten Teiles der Hypothekenzinsen nicht auf Kosten der Mieter weiter gesteigert werden darf;
4. daß jede Steigerung der Miete, die vorwiegend der Erhöhung der Grundrente dient, als weitere einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft zugunsten der kleinen und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bereits besonders bedrückten Gruppe der Grund- und Hausbesitzer wirkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vermindert;
5. daß eine weitere Mieteerhöhung zurzeit für die größte Zahl der Mieter untragbar, außerdem aber bei Beschränkung der oben aufgeführten Gesichtspunkte auch wirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist.

Die unterzeichneten Organisationen fordern von der Reichsregierung, dem Reichstag, den Regierungen der Länder und den Parlamenten, daß sie den obigen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten Rechnung tragen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner deutscher Angestelltenbund, Reichsbund deutscher Mieter a. V.

Ferngas (Kokerei) und Eigengasergzeugung (Städtische Gaswerke).

Unter dem Gesichtspunkte, das Gas billiger liefern zu können, als es die Städte selbst in eigenen Betrieben herstellen, wird heute von der Großindustrie den Städten Gas angeboten. Die Großindustrie beabsichtigt hierbei, Gas in sogenannten Kokereisöfen herzustellen und behauptet hierbei, das Gas billiger herstellen zu können, als es die vorhandenen Gaswerke in der Lage sind.

Die heutige Gastechnik ist aber schon so weit vorgeschritten, daß sie nicht allein in der Lage ist, das Gas ebenso billig herstellen zu können wie die Kokereien, sondern sogar noch billiger. Schon allein folgende Betrachtungen dürften hierfür ausschlaggebend sein.

Bei vorhandenen Gaswerken ist meistens lediglich der Ausbau der Ofenanlage, d. h. Erstellung modernster Ofen, erforderlich unter fast reißloser Benützung bestehender Apparateanlagen, Behälterstationen, Leitungsnetze usw.

Bei neuen Kokereiprojekten muß nicht allein der Erstellung der Ofenanlage näher getreten werden, sondern sind gleichzeitig die kompletten Apparate, Behälterstationen usw., auch noch die Fernleitungen, Kompressoren neu auszuführen, wodurch ein erheblich größerer Kapitaldienst gegenüber der vorerwähnten Modernisierung bei Gaswerken notwendig ist. Diese Punkte dürften allein schon genügen, zu beweisen, daß eine neu zu errichtende Kokerei niemals in der Lage ist, das Gas ebenso billig herzustellen, wie die bereits vorhandenen Gaswerke, und macht die Großindustrie doch günstigere Angebote, so tut sie es mit momentanen Verlusten, die sie aber, wenn sie die Konkurrenz der städtischen Betriebe nicht mehr zu befürchten hat, doppelt und dreifach wieder einholt.

Wenn im vorstehenden die Rede von modernen Gasergzeugungsöfen war, so sind darunter insbesondere die Schrägkammeröfen, wie solche in Hamburg, Bremen, Karlsruhe, Ludwigshafen, Würzburg, München, Reichenbach, Limbach, Mainz und zahlreichen anderen Orten errichtet sind, gemeint. Diese Schrägkammeröfen sind Großraumöfen mit einem Labegewicht pro Kammer bis zu 8 Tonnen Kohlen. Durch die hohe Labefähigkeit und durch die äußerst vollkommene Durchbildung der maschinellen Bedienung besitzen die modernen Gasergzeugungsöfen nicht nur die gleiche Wirtschaftlichkeit wie die Kokereisöfen, sondern sind letzteren bei verschiedenen Einrichtungen überlegen.

Gegenüber den Horizontalkammeröfen werden bei Schrägkammeröfen äußerst schwer konstruierte Stoßmaschinen mit hohem Stromverbrauch und umfangreichen Reparaturarbeiten erspart, so daß auch hier die Voraussetzungen nicht gegeben sind, daß die Kokereisöfen das Gas wirtschaftlicher erzeugen als die modernen Gasergzeugungsöfen. Außer acht ist hierbei auch nicht zu lassen, daß in Kokereisöfen wegen der Länge ihrer Kammern nicht alle Kohlenarten entgast werden können, und bei zahlreichen Kohlenarten Schwierigkeiten beim Ausstoßen des Koksstuhens, d. h. der entgasten Kohlen, entstehen. Bei zahlreich ausgeführten Koksöfenanlagen, insbesondere auf den Werken Uchtenberg, Pösen, Wien, sind diese Fälle in umfangreichem Maße aufgetreten, während bei Schrägkammeröfen die Entgastung sämtlicher Kohlenarten einwandfrei ohne Betriebsstörungen durchgeführt wird.

Wenn bei den Koksöfen gegenüber den modernen Gasergzeugungsöfen selbst keine größere Wirtschaftlichkeit nachweisbar ist, wie will die Großindustrie dann den Städten billiger Gas liefern können, wo außer diesem Punkt bereits noch die Aufwendung umfangreicher Kapitalien für Erstellung aller übrigen bei den Gaswerken bereits vorhandenen Einrichtungen erforderlich ist. Durch den hierdurch bedingten Zinsendienst kommt ein nicht unerheblicher Aufschlag pro Kubikmeter Gas in Betracht.

Ueber die Beschaffenheit des Kokereigas gegenüber dem in modernen Gasergzeugungsöfen erzeugten Gas ist zu bemerken, daß letzteres als wesentlich hochwertiger angesehen werden muß. Wenn auch im Anfang der Betriebszeit bei Koksöfen einigermassen brauchbares Gas erzeugt wird, so sinkt die Qualität des Gases im Laufe der Betriebszeit sehr schnell mit Rücksicht auf die primitiven Dichtungseinrichtungen für die Türen und Züllöffnungen, wofür in der Hauptsache Lehm und Sand verwendet werden. Bei Bezug von Kokereigas wird die Bevölkerung nicht mit Gas in der Beschaffenheit beliefert werden, wie letzteres allgemein bei modernen Gasergzeugungsöfen üblich ist und auf die Dauer durchgeführt wird. Gerade die Beschaffenheit des Gases ist für die größere Menge der gesamten Bevölkerung und für die zahlreichen kleinen Haushalte von besonderer Wichtigkeit, da geringwertiges Gas nicht nur fortlaufende Störungen verursacht, sondern auch eine erhebliche Mehrbelastung der Ausgabe für den einzelnen mit sich bringt.

Es wird auch vielfach behauptet, daß in den modernen Gasergzeugungsöfen der Gaswerke nicht der Koks erzeugt wird, wie bei den Kokereien, wo man den sogenannten Hüttenkoks herstellt. Unter Verwendung von Koksöfen können auch die Gaswerke denselben Koks erzeugen als die Kokereien, ein Koks von gleicher Beschaffenheit und Güte wie der Hüttenkoks.

Von großer Wichtigkeit ist auch die Frage der Sicherheit für die regelmäßige Gasergzeugung. Zahlreiche Vorfälle im Rheinland und Westfalen haben bewiesen, daß trotz aller Sicherheitsmaßnahmen mit zahlreichen Unterbrechungen in der Gaszuführung gerechnet werden mußte, die sich in einzelnen Fällen sogar auf mehrere Wochen erstreckten.

Demgegenüber haben die Erfahrungen gelehrt, daß solche Unterbrechungen bei städtischen Betrieben als vollständig ausgeschlossen erachtet werden können, da insbesondere die Streitigkeit bei einer Kokerei mit Rücksicht auf die hier zusammenhängenden verschiedenen größeren Betriebszweige bedeutend größer ist, als wie bei reinen Gasergzeugungsstellen in städtischen Verwaltungen.

Bezüglich der Preisbildung im allgemeinen ist noch zu erwähnen, daß nicht allein der Preis für Gas, das die Kokereien anbieten, bei der Gesamtbeurteilung der Verhältnisse zu berücksichtigen ist, sondern auch der Preis für alle anderen Nebenprodukte, wie Koks, Teer, Ammoniak, Benzol usw. Hat die Großindustrie die Gasversorgung in Händen, so beherrscht sie auch den Markt der Nebenprodukte, und hat in letzterer Beziehung ebenfalls jede Konkurrenz ausgeschaltet. Also auch hier ist der Großindustrie, wenn sie einmal die Monopolstellung erreicht hat, Gelegenheit gegeben, die Preise so zu gestalten, wie es ihr beliebt. Die ausgleichende Wirkung in den Preisen der Nebenprodukte, die die Städte heute durch Verwertung bzw. Verkauf der im eigenen Betriebe erzeugten Produkte ausüben, geht mit der Gasversorgung aus Kokereien der Großindustriellen vollkommen verloren.

Was dies für die Allgemeinheit bedeutet, ist noch nicht abzusehen; auf alle Fälle werden die Preise für alle Nebenprodukte wie Koks, Teer, Ammoniak, Benzol wesentlich in die Höhe gehen und sehr die allgemeine Lebenshaltung beeinflussen.

Aufgabe der Städte und Gemeinden muß es sein, die Gasversorgung der Bevölkerung und die ausgleichende Wirkung auf dem Preismarkt der mit Gasergzeugung zusammenhängenden Produkte unbedingt in eigener Verwaltung zu behalten, um einerseits in sozialer Beziehung der Bevölkerung gerecht zu werden und andererseits den Lebensunterhalt derselben so billig wie möglich zu gestalten.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Politisches.

Hindenburg und die Gewerkschaften. Die Reaktion hat am 26. April einen Erfolg ertungen. Das Stimmverhältnis betrug (nach der ersten Feststellung): Hindenburg 14 639 399 (11 709 898), Marx 13 752 640 (13 258 266), Thälmann 1 931 591 (1 871 815). Hindenburg, der alte Militarist und Monarchist, der von politischen und wirtschaftlichen Dingen nach eigenem Gesandnis nichts versteht, soll also um 7 Jahre von dem Platze aus, den der Volkstribun Fritz Ebert 5 Jahre lang einnahm, die Geschicke des deutschen Volkes und des Reiches lenken. Er ist dazu aus Unwissenheit geistig und infolge seines Alters physisch unfähig. An seiner Stelle werden das andere Leute besorgen. Wie der Demagoge Helfferich monatelang Ohrenbläser des Reichskanzlers Cuno, unseligen Andenkens, war, werden Ludendorff und Tirpitz, Westarp und Schlange, Stinnes, Borfig und Hugenberg, die Führer des Reichslandes und des Reichsverbandes der Industrie und wie alle die kapitalistischen und rücksichtslichen Scharfmacher heißen. Hindenburgs „Politik“ so zu dirigieren versuchen, wie es ihren Interessen und Anschauungen entspricht. Große Gefahren drohen der Arbeiterklasse. Der Wahlerfolg vom 26. April wird die kapitalistischen Kreise erst recht anspornen, alle Arbeiterrechte abzubauen und zur höheren Ehre des Profits eine Anbelung und schärfere Ausbeutung der Arbeitermassen herbeizuführen. Der Gefahr ins Auge sehen, heißt aber nicht, über den Verlust einer politischen Stellung zu greinen. Jeht es recht heißt es die Kräfte zu sammeln, um den realistischen Stoff anzufangen. Aus einem politischen Schlingengraben sind wir hinausgeworfen worden, die gewerkschaftliche Schanze muß um so stärker befestigt werden, um den feindlichen Generalangriff nicht nur abzuwehren, sondern erfolgreich nachzustößen. Als die Arme

Büchlers bei Bauhen eine Schlappe ertilt, rief der alle General seinen Soldaten zu: „Wer jetzt sagt, wir verlieren, der ist ein Hundstot!“ Und so rufen wir auch jetzt allen Kleinmütigen und Verzagten zu: „Wer sich jetzt mutlos in die Ecke stellt, der ist kein Kämpfer, der verdient nichts Besseres als Prügel auf den Magen.“ Darum ans Werk. Unsere gewerkschaftliche Arbeit ist zwar schwer gefährdet, aber wir haben den Willen zum Sieg und zur Macht trotz alledem. Unsere Organisationen sind stark genug, um die wirtschaftlich erzwungene Position zu behaupten und weiter auszubauen. Die auswärtige und innenpolitische Situation aber hängt nicht allein von dem deutschen Reichspräsidenten ab. Bald wird das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit erkennen, daß unser Heil und unsere Entwicklung nicht wieder vom alten Geist des Militarismus bestimmt werden kann, sondern daß der demokratisch-republikanische Friedensgedanke auch in Deutschland sich durchsetzen muß. Weitere und härtere Ausflüchtungsarbeit zur Einigung der Arbeiterklasse aber ist das Gebot der Stunde!

Genossenschaftswesen.

Lehrreiche Zahlen von den deutschen Konsumgenossenschaften. Vom Zentralverband deutscher Konsumvereine wurden die Entwicklungszahlen des Jahres 1924 mitgeteilt, deren Bedeutung erst dann beurteilt werden kann, wenn man weiß, was zehn Jahre zuvor von den Konsumvereinen geleistet werden konnte und wenn man vergleicht, was die eigentliche Leistung sein müßte.

Die Umsätze von 1036 berichtenden Konsumvereinen des Zentralverbandes, dem im ganzen 1175 Genossenschaften angeschlossen sind, betragen im Kalenderjahr 1924 bei 3 448 218 Mitgliedern 543 741 184 M., also auf das einzelne Mitglied kommen 159,32 M. im Jahre 1914 betrug der Umsatz bei 1 633 644 Mitgliedern 640 123 588 M., also auf das einzelne Mitglied kamen 392 M. Es liegt klar auf der Hand, daß ein derartiger absoluter und relativer Rückgang des Umsatzes eine schwere Schädigung der genossenschaftlichen Unternehmungen und damit der wirtschaftlichen Interessen der ihnen angeschlossenen Verbraucherklassen bedeutet. Und es kann in keinem Fall gesagt werden, daß für eine Arbeiterfamilie der Durchschnittsumsatz nicht höher gebracht werden könnte. Denn erstens sind zwar nicht die Reallohne, aber doch die tatsächlich gezahlten Löhne höher als im Jahre 1914 und ebenso die Warenpreise (weshalb ja der sogenannte Reallohn niedriger ist), so daß sich der Durchschnittsumsatz erhöhen müßte, statt kleiner zu werden. Es müßten gegenüber dem Jahre 1914 statt 692 im Durchschnitt mindestens 500 M. herauskommen, denn 20 bis 25 Proz. Mehrlohn im Durchschnitt kann als sicher angenommen werden. Legt man nun diesen Betrag von 500 M. dem Jahresumsatz zugrunde, so müßten bei 3 448 218 Mitgliedern 1724 Millionen 109 000 Goldmark herauskommen, wobei sich die Mitglieder noch nicht einmal „überanstrengt“ hätten. — Es ist daher eine ganz unbegreifliche Kurzsichtigkeit seinen eigenen Interessen gegenüber, wenn man als Konsumvereinsmitglied und Hausfrau eines solchen die genossenschaftliche Warenversorgung nahezu verkümmern läßt, um dem privaten Handelskapital den Hafen in die Rüche zu jagen. Denn die Verteilungsstellen der Konsumvereine müssen aufrechterhalten werden auch bei niedrigem Umsatz; ebenso müssen die Arbeiter und Angestellten weiterbeschäftigt werden, und man weiß ja außerdem, daß die Arbeitseinkommen bei den Konsumvereinen und ebenso die sozialen Leistungen wesentlich höher und günstiger sind als in der kapitalistischen Privatwirtschaft. Woraus sich ergibt, daß bei niedrigem Umsatz die Unkosten wesentlich höher sind, und daß diese in dem Maße herabgedrückt werden, wie der Umsatz steigt. Von Sozialismus und Sozialisieren nur zu reden und die praktische Gelegenheit zu versäumen, für ihn wirtschaftlich zu handeln, beraubt jede genossenschaftlich organisierte Verbraucherkategorie des Rechtes, über die schlechten Zeiten und noch einiges dazu zu schimpfen. Insbesondere auch dann, wenn man weiß, daß die Konsumvereine wieder dazu übergehen, ihren Mitgliedern eine Rückvergütung auf den Umsatz herauszugeben. Aber viel höher noch als die Rückvergütung steht die Aufgabe, die Konsumvereine so auszubauen, daß sie, wenn auch in begrenzter Weise, die eigene Nahrungsmittelproduktion in Mühlen, Bäckereien, Schlächtereien usw. weiterentwickeln können und daß ihre Großverkaufsgesellschaft in Hamburg als Warenzentrale der deutschen Konsumvereine in der Lage ist, zur größeren, zentralisierten Eigenproduktion zu schreiten. Und neben Lebensmittel-, Zündholz-, Tabak-, Seifenfabriken usw. auch große Schuhfabriken, Kleiderfabriken, Möbelfabriken zu legen! — Ist es nicht ein geradezu klägliches Verfall, daß die von den Arbeitern und Angestellten, auch Beamten und Handwerkern selbstgeschaffenen genossenschaftlichen Wirtschaftsunternehmen einen Jahresumsatz von sage und schreibe rund 160 M. pro Familie erzielen, statt 392 M., wie im Jahre 1914 und statt 500 M., wie es heute mindestens sein könnte und müßte? — Ein ebenso unbedauerliches Kapitel bildet das Betriebskapital. Wie es durch die Geldentwertung im Jahre 1923 vollständig verloren gegangen ist, weiß jedermann. Es weiß auch jedermann, daß die Verwaltungen der Konsumvereine so schuldbas an diesem Verluste sind, wie das deutsche Volk an dem entstandenen

und verlorenen Kriege. Nun hat sich die Führung der deutschen Konsumgenossenschaften seit Jahr und Tag angestrengt, neues Betriebskapital mit den mildesten Anzahlungsraten hereinzubekommen. Und der Erfolg? Die Geschäftszuhaben der Mitglieder, also das eigene Betriebskapital der Genossenschaften, betragen Ende 1924 rund 15 Millionen Mark, im Jahre 1914 aber rund 37 1/2 Millionen. Diese Differenz wäre nicht so schlimm, aber es ist zu beachten, daß in der Summe von 1924 mindestens 10 Millionen aufgewerteter Geschäftsanteile vorhanden sind. Die Mitglieder lassen sich ihre wertlos gewordenen Geschäftsanteile zwar „aufwerten“, vergessen aber, daß ihre Genossenschaft bar Geld als Betriebskapital braucht. Es wäre auch noch nicht einmal so schlimm, wenn dann wenigstens der Ausgleich durch erhöhten Umsatz käme. Aber leider ist das Gegenteil der Fall, obwohl der erhöhte Umsatz es den Mitgliedern ermdönschte, ohne direkte Bareinzahlung, lediglich durch die sogenannte Guthabenschrift der Rückvergütung die Geschäftsanteile wieder aufzufüllen, so daß die Konsumvereine nicht nur „aufgewertetes“ Betriebskapital, sondern bares wieder in größerem Umfange zur Verfügung hätten. Und damit würden Bankkredite mit hohen Bankzinsen erspart und die Warenpreise könnten niedriger gehalten werden. — Auch die Spareinlagen bilden einen wunden Punkt in der Betriebskapitalfrage, und wenn die Bestände der Konsumvereine am Ende des Jahres 1924 rund 50 Millionen Mark aufweisen, so sind es wiederum etwa 40 Millionen aufgewerteter Spareinlagen und kaum 10 Millionen Bareinlagen. Das heißt also: die Konsumvereine sparen ihren Mitgliedern durch Aufwertung von Geschäftsanteilen und Spareinlagen eine Summe von etwa 50 Millionen Goldmark, wie es keine Bank und Sparkasse tut, aber zum Danke dafür bevorzugt die große Masse den Privathandel und die Sparfalle bei der Verausgabung des Einkommens, damit die wirkliche Macht des Großkapitals immer noch mehr gestärkt wird. — Hoffentlich bringt diese „Epistel“ bei unseren konsumgenossenschaftlich organisierten Kollegen baldige Besserung.

• Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter •

Thüringen. Bei den Verhandlungen am 27. März mit Vertretern der thüringischen Ministerien konnte eine Lohnerhöhung für die Staatsarbeiter nicht erzielt werden. Für Handwerker wollte man 2 Pf. für angelernte und ungelernete Arbeiter 3 Pf., für alle Lohngruppen der Arbeiterinnen 2 Pf. und für Reinemachefrauen 1 Pf. Lohnerhöhung geben, wenn die Gaultierung damit einverstanden sei, daß die Bezahlung der Ueberstunden nicht mehr von der 49. Stunde wesentlich erfolgt. Der Ueberstundenzuschlag sollte erst mit der 61. geleisteten wöchentlichen Stundenanzahl erfolgen, obwohl laut Manteltarif die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit festgelegt ist. Die Dienstalterszulage sollte geändert werden mit der Berechnung vom 24. Lebensjahre. Eine solche Zumutung mußte natürlich abgelehnt werden. Somit scheiterten die Verhandlungen. Der geleistete Schlichtungsausschuß in Weimar mußte angerufen werden, was bei der sozialistischen Regierung niemals der Fall war. Das Staatsministerium beauftragte aber schnell den geleisteten Schlichter gemäß der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 23. Oktober 1922, um evtl. dann das Reichsarbeitsministerium in Anspruch zu nehmen. In der Verhandlung in der vom geleisteten Schlichter gebildeten Schlichtungskammer wurde ein Spruch gefällt, welcher ergab für Handwerker 59 Pf., angelernte Arbeiter 47 Pf., ungelernete Arbeiter 44 Pf., angelernte Arbeiterinnen 35 Pf., ungelernete Arbeiterinnen 33 Pf. und Reinemachefrauen 34 Pf. Die Frauen- und Kinderzulage je 3 Pf., Dienstalterszulage vom 21. Lebensjahre ab nach 3 Dienstjahren 2 Pf. und nach 6 Dienstjahren 4 Pf., Vorarbeiterzulage 10 Proz. Die Frage der Bezahlung der Ueberstunden von der 61. Stunde ab wurde fast gar nicht erörtert, da die Bestimmungen des Manteltarifes, d. h. die Bezahlung von der 49. Stunde ab noch zu recht besteht.

• Internationale Rundschau •

England. Wie in Deutschland war seit 1914 die Lebensweise der englischen Arbeiterklasse den verschiedensten Veränderungen unterworfen. In 1920/21 waren die Reallohne fast aller Arbeiter höher als in 1914, zum Teil viel höher. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise gegen Ende von 1921 fand auf der ganzen Linie ein gewaltiger Lohnsturz statt. Die meisten Lohnmehrheits zur Erhaltung einer hohen Lohnbasis waren erfolglos. Jedoch muß festgestellt werden, daß die Reallohne mit den allgemeinen Lebenshaltungskosten gleichen Schritt hielten und noch halten. Gemessen an der englischen Lohnbasis sind die deutschen Lohnverhältnisse geradezu beschämend und mit verstärkter Wucht muß darauf hingearbeitet werden, um hier Remedur zu schaffen. Unter keinen Umständen dürfen es sich die deutschen Arbeiter lassen, daß sie die Lohnrücker der englischen Arbeiter sind. Nach den vom englischen Arbeitsamt angefertigten Berechnungen machen die deutschen Durchschnittslöhne nur 86 Proz. der Löhne von 1914 aus und gehen herunter bis auf 31 Proz. Die Lohnbasis

in England steht für die bestgestellten Arbeiter 128 Proz. über der Basis von 1914 und 66 Proz. für die untersten Kategorien. Am schlechtesten sind wohl die Löhne in der Metallindustrie, die bedeutend hinter der Basis von 1914 zurückbleiben. Der Prozentsatz ist 45 über der Basis von 1914. Der durchschnittliche Wochenlohn für Schlosser und Dreher, der 1914 auf 38,11 Schilling (38,80 Mk.) stand, ist heute 56,5 Schilling. Bedeutend besser sind die Lohnverhältnisse in den meisten anderen Industrien. Die Lohnbasis bewegt sich zwischen 60 bis 80 Proz. über der Basis von 1914. Die Lebensmittelpreise sind seit geraumer Zeit 80 Proz. höher als in 1914. — Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern wurde in England der gesetzliche Achtstundentag nicht eingeführt. Jedoch ist seit 1919 die achtstündige Arbeitszeit durch den Tarifvertrag allgemein verankert. In seinem Beruf beträgt die Arbeitszeit mehr als 48 Stunden pro Woche. Im Baugewerbe wurde im August 1923 durch Schiedspruch die Arbeitszeit von 44 auf 46½ Stunden pro Woche herausgeholt. In den Wintermonaten werden jedoch noch immer 44 Stunden ohne Abstrich gearbeitet. In den einzelnen Industrien beträgt die Arbeitszeit: Schuhindustrie 48 Stunden, Genossenschaftsbetriebe 47 Stunden, Holzarbeiter 44 bis 47 Stunden, Lederindustrie 48 Stunden, Metall- und Schiffbau 37 Stunden, Kohlenbergbau 7 Stunden pro Tag, Töpferlei 47 Stunden, Werftarbeiter 44 bis 46 Stunden, Gemeindegewerkschaften 44 bis 46 Stunden, Textil, Transport, Eisenbahner 48 Stunden. Landwirtschaftliche Betriebe arbeiten vielfach im Winter 48 Stunden, in den Sommermonaten jedoch 50 bis 55 Stunden. Der Generalrat der britischen Gewerkschaften veranstaltete 1923 eine Untersuchung über die Dauer der Arbeitszeit. Fragebogen wurden von 133 Organisationen mit einer Mitgliedschaft von 4 688 000 beantwortet. Bei rund 80 Proz. dieser Zahl beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden und weniger, wie folgende Aufstellung zeigt: Die Normalarbeitszeit beträgt bei 24 500 40 Stunden, 800 600 42 Stunden, 308 687 44 Stunden, 8500 46 Stunden, 11 590 46½ Stunden, 904 224 47 Stunden, 1 409 613 48 Stunden pro Woche. Also im Durchschnitt für 8 524 714 Arbeiter 48 Stunden und weniger. Erfahrungsgemäß sind auch die Nichtorganisierten Anhänger der Tarifverträge, so daß man sagen darf, daß in England wohl weniger als 48 Stunden pro Woche gearbeitet wird, aber nicht mehr.

gebenen Gelegenheiten brauchte, um den Beweis zu erbringen, daß nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern die Betriebsleitung den Achtstundentag verlangte. In einigen Betrieben der Porzellanindustrie konnten sogar wöchentliche Arbeitsleistungen von 120 Stunden festgestellt werden. Daß dies hauptsächlich in nichtorganisierten Betrieben der Fall ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Es wäre an der Zeit, daß die Arbeiter in allen Industrien mehr Disziplin übten und sich nicht zur Ueberstundenleistung im Uebermaß gebrauchen lassen, denn sie schaden sich nur selbst.

Ferienveranstaltungen für die Arbeiterschaft. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet in diesem Jahre eine Reihe von Ferienveranstaltungen. In schön gelegenen Orten, im Gebirge oder an der See finden unter Leitung hervorragender sozialistischer Wissenschaftler Ferienkurse statt, die in zwangloser Form Gelegenheit zur geistigen Vertiefung bieten. Verbunden mit diesen Kursen sind Ausflüge und gefellige Zusammenkünfte, die der Pflege des sozialistischen Gemeinschaftslebens dienen. Neben den Kursen sind ferner eine Reihe sozialer Studienreisen im In- und Ausland unter sachkundiger Führung vorgesehen. Bei den Reisen ins Ausland werden Sprachkenntnisse nicht verlangt. Die Kosten für die Veranstaltungen sind bei bester Verpflegung und Unterbringung so niedrig als möglich gehalten. Bei der Zusammenstellung der Veranstaltungen ist auf alle Ansprüche Rücksicht genommen worden.

1. Ferienkurse: Prof. Anna Clowen: „Sozialismus und Seeligkeit“ vom 15. bis 20. Juni im Ferienlager Auerbach im Oberrhein (Bergstraße). — Redakteur Stein: „Der Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart“ vom 22. bis 27. Juni, Jugendburg Hohenseln in der Sächsischen Schweiz. — Joseph Sulzsdorf Stern-Bien: „Arbeiterbildung und Arbeiterbewegung“ vom 22. bis 27. Juni, Kurhaus Bad Godesburg bei Neurade (Grafschaft Hagen). — Prof. Dr. Rehenberg: „Sozialismus und Kunst“ vom 29. Juni bis 4. Juli, Eisenach, Hotel „Gute Quelle“. — Regierungsrat R. Boldt: „Die Lebenswelt des Industriearbeiters“ vom 29. Juni bis 4. Juli, Burg Werra im Sauerland (Westfalen). — Engelbert Graf-Statigart: „Moderne Probleme des Sozialismus“ vom 30. Juni bis 4. Juli, Hann.-Münden (Wesergebirge). — Josef Sulzsdorf Stern-Bien: „Arbeiterbildung und Arbeiterbewegung“ vom 27. Juli bis 1. August, Freiburg i. B. (Baden). — Dr. Paul Renner-Bien: „Staat und Sozialismus“ vom 2. bis 8. August, Ansbach-Jugendheim in Eismar a. d. Orla (Hessen). — Regierungsrat R. Boldt: „Die Lebenswelt des Industriearbeiters“ vom 17. bis 22. August, Mandenburg i. Harz. — Prof. Dr. Emil Rüdting: „Einführung in die Politik“ vom 7. bis 12. September, Coltau in der Rineburger Heide. — Dr. Heller-Beipzig: „Einführung in die Politik“ vom 7. bis 13. September, Bitte auf der Insel Hübnersee (Ostsee).
2. Ferienreisen ins Ausland: Nach England (Nottingham, London, Oxford) vom 31. Juli bis 8. August. — Nordlandreise (Kopenhagen, Christiania, Bergen, Besuch der norwegischen Fjorde, Rückreise zur See nach Hamburg) vom 27. Juni bis 9. Juli. — Nach Dänemark (Esbjerg, Kopenhagen, Helsingør) vom 9. bis 17. August. — Nach der Schweiz (Zürich, Luzern, Vierwaldstättersee, Bern, Basel) vom 26. Juli bis 4. August. — Prag-Bien (Salzburg, Berchtesgaden) vom 16. bis 24. August.
3. Reisen im Inland: Rheinreise (Köln, Koblenz, Radebeul, Mainz, Frankfurt a. M.) vom 14. bis 20. Juni. — Hamburg-Deisland-Bremen vom 19. bis 26. Juli. — Schwarzwald: vom 2. bis 8. August. — Harz vom 23. bis 29. August. — Süddeutsche (Hofenbürg, Nürnberg, Weissemburg) vom 23. bis 29. August. — Riesengebirge vom 31. August bis 5. September.

Ein ausführliches Programm über die Veranstaltungen wird durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (R. Wolmann), Berlin SW. 68, Lindenstr. 2, unentgeltlich abgegeben. Dort sind auch alle Anmeldungen für die Veranstaltungen zu richten.

Rundschau

Konrad Jürgens †. Am 16. April starb in Hannover unser früherer langjähriger Füllalkaffierer, Kollege Konrad Jürgens. Die Füllale hat ihm viel zu verdanken. Als bei der Gründung der Füllale Umschau nach einem zuverlässigen Kollegen als Kaffierer gehalten wurde, da fiel die Wahl auf ihn. Er war der Mann, der das Vertrauen seiner Kollegen nie getrübt hat. Wie oft hat er Nächte wachgelesen, um seine Bücher in Ordnung zu bringen. In jedem Tage, zu jeder Zeit konnte man seine Kasse prüfen und alles war korrekt und so gehalten, daß auch nicht eine einzige Zahl einmal durchstrichen war. Aber Jürgens war nicht nur ein guter Kaffierer, sondern auch ein eifriger Agitator. Wie oft wurde er wegen seines Wirkens im Verband demüthigt. Aber unerschrocken, wie unser Konrad war, haben alle Drohungen es nicht vermocht, seine Verbandstätigkeit auch nur irgendwie einzuschränken. Jähres Festhalten an dem, was er erfaßt hatte, ausdauernd in der Agitation, ein Vorker, wenn er einmal auf besonders steinigem Boden auftrat, waren seine hervorragenden Eigenschaften. Ueber Probleme, die die Arbeiterschaft betrafen, konnte er mit Gleichgesinnten stundenlang debattieren. 13 Jahre hat er den Posten des Kaffierers bekleidet, bis die Anstellung eines Ortsbeamten notwendig war. Da schied aber unser Konrad ab. Trotzdem blieb er der Alte. Von den süddeutschen Arbeitern wurde er in das Stadtparlament entsandt. Dort hat er in den verschiedensten Kommissionen für seine Kollegen gewirkt. Seit Jahresfrist litt er an einer Herzkrankheit. Das Verbandsinteresse erlahmte aber nie. Wie oft kam er nach dem Gau- und Ortsbureau, um sich über den Stand unseres Verbandes und alle Verbandsangelegenheiten zu informieren. 24 Stunden vor seinem Tode war er auf dem Gaubureau, um sich über den Stand des neuen ART. und die Statutenvorlage des Verbandsvorstandes zu erkundigen. Am andern Tage machte ein Herzschlag seinem arbeits- und wirkungsreichen Leben ein Ende. Die Tätigkeit für den Verband, die unser Jürgens geleistet hat, können nur diejenigen so recht würdigen, die mit ihm gearbeitet haben. Das beste Andenken und die beste Ehrung für ihn ist, mit demselben Eifer wie er, die ganze Kraft in den Dienst unserer Sache zu stellen.

Arbeitszeitsfrage und Ueberstunden. Bei den Verhandlungen zur Regelung der Arbeitszeit kommt es vielfach vor, daß die Unternehmervertreter auf die freiwillige Ueberstundenleistung der Arbeiterschaft hinweisen. Wie diese Ueberstundenleistung unter der Arbeiterschaft grassiert, darüber berichtet Genosse Kemmlinger: In einem Betrieb leisteten die Brennbauabteilungen gern Sonntagsarbeit, weil sie 50 Proz. Zuschlag bekamen. Der Unternehmer zahlte diese mit Schmunzeln, weil ihm die Willigkeit seiner Brenner nicht nur Betriebsnutzen brachte, sondern weil ihm die Arbeiter und Arbeiterinnen so bedenkenlos das Material lieferten, das er bei ausschlag-

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandsbeirat hat am 17. und 18. April 1925 in Stuttgart beschloffen, den § 16 Absatz 4 unserer Satzungen folgendermaßen abzuändern:

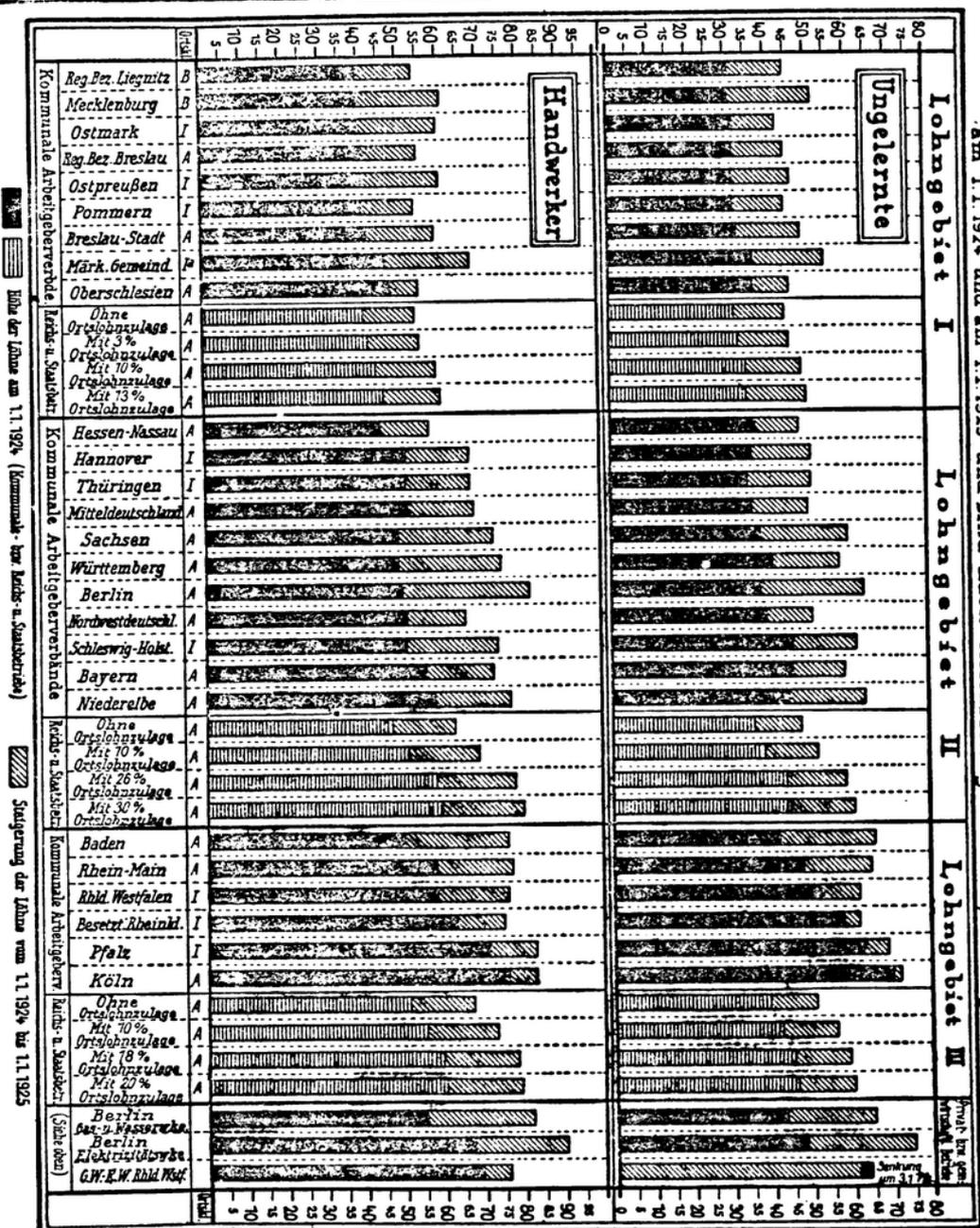
„Für die Berechnung aller Unterstellungen wird der Durchschnitt der in den letzten zehn Wochen vor Eintritt des Unterstellungsfalles gezahlten Grundbeiträge zugrunde gelegt. Ortszuschläge dürfen nicht angerechnet werden.“

Diese Aenderung tritt am 1. Mai 1925 in Kraft. Wir ersuchen die Füllalkaffierer bei der Berechnung der Unterstellungssätze danach zu verfahren. Ist der ermittelte Durchschnittsbeitrag nicht restlos durch 5 oder 10 teilbar, so wird, falls der Rest 3 Pf. oder mehr beträgt, der nächsthöhere, durch 5 oder 10 teilbare Beitrag zur Unterstellungsberechnung angenommen.

Beilage: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter F. M. Kainzer, Bekanntmach. Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin SW. 68, Gellertstr. 68.

Lohngestaltung in Gemeinde-, Reichs- und Staatsbetrieben einschl. wichtiger gemischtwirtschaftlicher Unternehmen im Jahre 1924.

Die Löhne sind Spitzenlöhne einschließlich Frauen- und Kinderzulage (1 Kind) am 1. I. 1924 und am 1. I. 1925 und sind nach Reichslohngeländern I, II u. III geordnet.



Unter graphisches Bild über die Lohngestaltung, insbesondere die Steigerung der Stundenlöhne im Jahre 1924, gibt eine Übersicht über die Löhne der Handwerker wie der ungelerten Arbeiter in den kommunalen Bezirks- und Arbeitgeberverbänden als auch den Reichs- bzw. Staatsbetrieben.

Die Gliederung des Bildes erfolgte entsprechend den zu Ende des Jahres 1923 von der Reichsverwaltung geschaffenen drei Lohngebieten. Die Reichsverwaltung war dabei offensichtlich von dem Bestreben geleitet, die Reichsarbeiterslöhne den örtlichen Verhältnissen besser anzupassen, in Wirklichkeit besser abzubauen, was ihr auch in nicht unwesentlichem Maße gelungen ist. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß gegenüber der in der Inflationszeit in Erscheinung getretenen Krisislohnzulagenwirtschaft, mit den festen Grundslöhnen, auf denen sich alsdann die Zulagen jedweder Art aufbauten, übersichtlichere Verhältnisse eintraten. Um der weitesten Vergleichsmöglichkeit Raum zu geben, sind bei den Grund-Stundenlöhnen der Reichs- und Staatsarbeiter neben der Familien- wie Kinderzulage

von je 3 Pf. für die Stunde noch die niedrigste wie höchste im Lohngebiet vorgesehene Krisislohnzulage der Klasse A berücksichtigt.

Im Lohngebiet I waren zu Jahresbeginn die Gemeindearbeiterslöhne den Reichslohnen, bis auf zwei Bezirke, Märkische Gemeinden und Oberschlesien, angepaßt. Im Laufe des Jahres übertrafen die Steigerungen der Gemeindearbeiterslöhne die Löhne in den Reichsbetrieben. Im II. Lohngebiet markiert Berlin an der Spitze; es übertrifft die Reichslohne mit der höchsten, im Lohngebiet in Frage kommenden Krisislohnzulage erheblich. Im III. Lohngebiet wird deutlich, daß in Bezirken, wo die Löhne zu Anfang des Jahres zum Teil recht wesentlich über den Reichslohnen standen, die Steigerungen im Laufe des Jahres zurückgefallen sind. Besonders weit lagen die Löhne in den Berliner Elektrizitätswerken über die Reichslohne hinaus; das gilt vom Stand der Löhne zu Anfang als auch am Schlusse des Jahres 1924.

Eine Wirtschaftspolitik auf der Grundlage niedriger Arbeiterslöhne leitet dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands keinen Dienst. K.

